

NÖGemeinde

Das Fachjournal für Gemeindepolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich



**„Wir Frauen sind
die Macherinnen!“**

**Anzahl der Bürgermeisterinnen
seit 10 Jahren verdreifacht**

Steuerreform

**Auswirkungen auf
die Gemeinden**



ICH BIN DEINE JACKE HOL MICH HIER RAUS!

Die Rote Jacke sucht Freiwillige für den
Rettungsdienst.

Österreichisches Rotes Kreuz, Landesverband NÖ
Franz-Zant-Allee 3-5, 3430 Tulln
☎ +43 59 144 8188 | ✉ freiwillig@n.roteskreuz.at



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ
NIEDERÖSTERREICH

Aus Liebe zum Menschen.

Aktuell im Mai

politik



37 von 435 VP-Ortschefs in
Niederösterreich sind Frauen

- 04 „Wir Frauen sind die Macher(innen)“
- 08 Kommunen wollen neues Haushaltsrecht erst ab 10.000 Einwohnern
- 16 GW-Bezirksversammlungen mit Neuwahlen

kommunalinfo



Das Kriegsende 1945 in
Niederösterreich

- 14 Befreit, aber noch nicht frei

recht & verwaltung

- 18 Die Fertigung: ein essentielles Bescheidmerkmal
- 20 Die Gegenfinanzierung der Steuerreform

Startschuss für den neuen FAG

Nun ist also der Startschuss für den neuen Finanzausgleich gefallen. In einer ersten Verhandlungsrunde zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wurden fünf Arbeitsgruppen installiert, die in den kommenden Wochen und Monaten über die wichtigsten Themen beraten. Aus Sicht der Gemeindevertreter liegen die Forderungen auf dem Tisch. Unsere wichtigsten Anliegen sind:



1. „Aufgabenorientierter Finanzausgleich“

Es bedarf einer grundsätzlichen Reform des Finanzausgleichs, der jedoch eine substanzielle Aufgabenreform vorangestellt werden muss. Ein „aufgabenorientierter Finanzausgleich“ wie wir in fordern, muss also vor allem auf die Pflichtaufgaben abzielen, diese genau definieren und analysieren und nicht zuletzt auch festlegen, welche Ebene unseres Staatsgefüges diese auch am besten erledigen kann.

2. Neue Verteilungsmechanismen

Die „verstärkte Aufgabenorientierung“ muss aber auch damit einher gehen, dass der längst überholte abgestufte Bevölkerungsschlüssel abgeschafft und stattdessen die Verteilung der Gemeindeertragsanteile künftig aufgabenorientiert, nach zusätzlichen Kriterien und fair organisiert wird.

3. Gemeindeeigene Einnahmen stärken

Die Grundsteuer und die Kommunalsteuer sind ausschließliche Gemeindeabgaben, und daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern. Dass wir eine Reform der Grundsteuer und vor allem ein einfaches und modernes System der Einheitsbewertung brauchen, steht fest. Das von Experten erarbeitete Modell dazu liegt auf dem Tisch und wartet nur noch auf eine rasche Umsetzung.

4. Vertragsfähigkeit nach Artikel 15a BVG

Den Gemeinden wurde eine Reihe an Aufgaben zur Erfüllung übertragen, die inhaltliche Ausgestaltung bzw. die dazugehörige Gesetzgebungsbefugnis fehlt ihnen jedoch. Um künftig diese so wichtigen Aufgaben (Kinderbetreuung, Schulerhaltung im Pflichtschulbereich sowie Aufgaben im Sozial- und Gesundheitswesen etc.) eigenverantwortlich erfüllen zu können, verlangen wir auch die notwendige Vertragsfähigkeit dazu. Kurz: Wir werden die Anliegen und Forderungen der Städte und Gemeinden in die laufenden Verhandlungen einbringen und diese bestmöglich im Sinne unserer Kommunen und Bürger durchsetzen.

LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Präsident

37 VPNÖ- Bürgermeisterinnen

- ▶ Liselotte Kashofer, St. Georgen am Ybbsfelde
- ▶ Juliana Günther, Kematen an der Ybbs
- ▶ Michaela Hinterholzer, Oed-Oehling
- ▶ Helene Schwarz, Sooß
- ▶ Ingrid Scheumbauer, Petronell-Carnuntum
- ▶ Marianne Rickl-List, Groß-Schweinbarth
- ▶ Angela Baumgartner, Sulz im Weinviertel
- ▶ Christa Eichinger, Prottes
- ▶ Helga Rosenmayer, Gmünd
- ▶ Margit Göll, Moorbad Harbach
- ▶ Magdalena Batoha, Leobendorf
- ▶ Liselotte Golda, Hadersdorf-Kammern
- ▶ Gudrun Berger, Furth bei Göttweig
- ▶ Ludmilla Etzenberger, Gföhl
- ▶ Petra Zeh, Annaberg
- ▶ Margit Straßhofer, Pöggstall
- ▶ Rosemarie Kloimüller, St. Oswald
- ▶ Anna Steindl, Wolkersdorf
- ▶ Ernestine Rauscher, Neudorf bei Staatz
- ▶ Brigitte Ribisch, Laa an der Thaya
- ▶ Karin Gepperth, Stronsdorf
- ▶ Beatrix Dalos, Biedermannsdorf
- ▶ Michaela Vogl, Gießhübl
- ▶ Michaela Walla, Warth
- ▶ Doris Faustmann, Aspang-Markt
- ▶ Karin Winter, Maria-Anzbach
- ▶ Katharina Wolk, Asperhofen
- ▶ Claudia Fuchsluger, Randegg
- ▶ Christine Dünwald, Scheibbs
- ▶ Waltraud Stöckl, St. Anton an der Jeßnitz
- ▶ Josefa Geiger, Sieghartskirchen
- ▶ Anette Töpfl, Vitis
- ▶ Ernestine Sochurek, Winzendorf-Muthmannsdorf
- ▶ Hannelore Handler-Woltran, Katzelsdorf
- ▶ Claudia Bock, Wolfsgraben
- ▶ Christa Jager, Ottenschlag
- ▶ Angela Fichtinger, Bad Traunstein

„Wir Frauen sind die Macher(innen)“

37 von 435 VP-Ortschefs in NÖ sind Frauen

von Sotiria Taucher

Bei den Gemeinde-Wahlen im Jänner hat die ÖVP nicht nur an Stimmen und Mandaten zugelegt. Auch die Zahl der Bürgermeister ist gestiegen. 435 ÖVP Ortschefs gibt es aktuell in Niederösterreich. 37 von ihnen sind Frauen. Die „NÖ Gemeinde“ hat sich bei den neu gewählten Bürgermeisterinnen im Land umgehört und sie nach ihren Beweggründen in die Kommunalpolitik zu gehen, nach ihren Stärken und nach den Herausforderungen in den Gemeinden befragt.

Amtsleiterin und Bürgermeisterin

Doris Faustmann ist eine dieser 37 Bürgermeisterinnen in Niederösterreich. Die 44-jährige Mutter von drei Söhnen, ist seit knapp zwei Monaten Ortschefin der 1782-Einwohner großen Gemeinde Aspang Markt im Bezirk Neunkirchen. Den ersten Kontakt mit der Gemeindegemeinschaft hatte sie als Ferienpraktikantin im Freibad. Später arbeitete sie auf dem Gemeindeamt mit, seit 1997 ist sie als Amtsleiterin tätig und führt diese Tätigkeit in Doppelfunktion mit dem Bürgermeisteramt aus. Die Zusage, Bürgermeisterin zu werden, war keine Hauruck-Entscheidung. „Ich habe mich dafür intensiv mit meiner Familie beraten. So eine Entscheidung kann man nicht alleine fällen“, sagt Doris Faustmann. Der Zugewinn von drei Mandaten bei der Wahl war dann die endgültige Bestätigung. „Ich freue mich, dass ich in der Gemeinde etwas bewegen und gestalten kann und für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort da bin.“ Ihre großen Vorhaben in den kommenden Jahren: „Wohnraumschaffung



Doris Faustmann, Aspang Markt: „Wohnraumschaffung für junge Menschen, die Nachmittagsbetreuung ausbauen, die Straßenbeleuchtung auf LED umstellen und den Pfarrplatz neu gestalten.“

für junge Menschen, die Nachmittagsbetreuung ausbauen, die Straßenbeleuchtung auf LED umstellen und den Pfarrplatz neu gestalten“, nennt Faustmann ihre Ziele. Durch ihre Tätigkeit als Amtsleiterin, ist der Bürgermeister-Job nicht völliges Neuland für die 44-Jährige. Dennoch habe sie Respekt vor der Arbeit. „Gemeinsam mit meinem Team sind wir für die Bürger da und bemüht, die Gemeinde weiter zu bringen“, so Faustmann.

Vorbereitungen für Landesaustellung 2017

Für Margit Straßhofer, Neo-Bürgermeisterin aus Pöggstall hat die Amtszeit mit einem völligen Neustart begonnen: In der 2465 Einwohner zählenden Gemeinde im Bezirk Melk gibt es nach der Wahl keine absolute Mehrheit mehr, es bestand Handlungsbedarf. „Die Voraussetzung das Bürgermeisteramt zu übernehmen, war, dass die ÖVP und die ÖVP-nahe Liste künftig



Margit Straßhofer, Pöggstall: „Die Jungen und Jungfamilien schätzen die Lebensqualität am Land und wollen auch wieder verstärkt dort bleiben oder sich neu ansiedeln.“

gemeinsam an einem Strang ziehen“, sagt Straßhofer.

Nun ist die ÖVP mit 16 Sitzen im Gemeinderat vertreten, die SPÖ mit fünf. Ihren Job sieht die Neo-Bürgermeisterin überparteilich. „Wir bemühen uns gemeinsam um die Kommunalpolitik vor Ort und sind für unsere Bürgerinnen und Bürger da,“ betont die selbständige Unternehmerin. Und auf Pöggstall kommt in den nächsten Jahren einiges zu: Da ist einmal die Landesausstellung 2017 für die man sich in der Gemeinde aber auch in der Region ordentlich ins Zeug legen will. Und dann stehen in der Gemeinde selbst Themen wie die Bereitstellung neuer Baugründe, aber auch die Stärkung der Wirtschaft und Arbeitsplätze vor Ort an. „Wir sind, was die Infrastruktur betrifft, gut aufgestellt und die Nachfrage nach Grundstücken bei uns ist groß. Die Jungen und Jungfamilien schätzen die Lebensqualität am Land und wollen auch wieder verstärkt dort bleiben oder sich neu ansiedeln“, weiß Straßhofer.

An die Herausforderungen will sich die gelernte ehemalige Rauchfangkehrerin Schritt für Schritt heranmachen. „Ich sehe mich für die Gemeinde ein bisschen als Glücksbringerin.“

Dorfplatz gestalten und Schuldendienst verringern

Magdalena Batoha, neue Bürgermeisterin von Leobendorf im Bezirk Korneuburg, sieht sich und ihre weiblichen

Kolleginnen als die „Macher“. „Es ist nicht leicht, sich auch in der Männer dominierten Gemeindepolitik durchzusetzen. Aber wir Frauen gehen den Themen genau auf den Grund, wollen alles gut verstehen und können dann auch mit Kompetenz, manchmal auch mit Charme überzeugen“, sagt die beruflich in der BH Korneuburg tätige Bürgermeisterin.

Derzeit sieht sich die 52-jährige Mutter zweier erwachsener Kinder und Großmutter in der Einarbeitungsphase. „Ich muss mich in sehr viele Projekte erst einarbeiten, komme nie vor Mitternacht nach Hause. Aber die Arbeit macht großen Spaß“, sagt Batoha.

Im Herbst vergangenen Jahres ist man an sie mit der Frage herangetreten, ob sie sich das Bürgermeisteramt vorstellen könnte. „Für mich war es wirklich eine sehr reizvolle Entscheidung. Ich konnte mir gut vorstellen, auch auf der ‚anderen Seite‘ der Kommunalpolitik etwas zu bewegen“, sagt die seit 16 Jahren im Gemeinderat



Magdalena Batoha, Leobendorf: „Es ist nicht leicht, sich auch in der Männer dominierten Gemeindepolitik durchzusetzen.“

aktive Magdalena Batoha. Seit knapp zwei Monaten ist sie nun als Bürgermeisterin im Amt. In den nächsten Jahren sollen vor ihrer Amtszeit begonnene Projekte fertig gestellt werden aber auch neue Herausforderungen, wie die Gestaltung des Dorfplatzes sowie den Schuldenstand in der Gemeinde zu verringern, in Angriff genommen werden.

Interview mit Bürgermeisterin Marianne Rickl-List aus Groß-Schweinbarth auf zuder nächsten Seite.



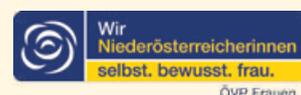
Petra Bohuslav, Landesleiterin von „Wir Niederösterreicherinnen-ÖVP Frauen“ über Bürgermeisterinnen

„Wir Niederösterreicherinnen-ÖVP Frauen freuen uns, nach den Gemeindewahlen nach jetzigem Stand 37 Bürgermeisterinnen und 67 Vizebürgermeisterinnen als wichtigste Entscheidungsträgerinnen in den Gemeinden zu haben.

Wenn man einen Vergleich dazu anstellt, hat sich die Anzahl der Bürgermeisterinnen in den letzten zehn Jahren verdreifacht.

Diesen Umstand haben wir durch die umfassende Mobilisierung und Unterstützung aller Frauen, Ja zu einer politischen Funktion zu sagen, erreicht. Weiters haben wir unser Ziel, 10 Prozent mehr Mandatarinnen in den Gemeinden sogar auf 12 Prozent erhöhen zu können, erreicht.

Besonders in Gemeinden, die bereits von Frauen geführt wurden, konnten durchwegs Mandate hinzugewonnen werden, das ist eine sehr erfreuliche frauenpolitische Bilanz. „Ich gratuliere allen Bürgermeisterinnen und Vizebürgermeisterinnen und auch allen Gemeinderätinnen zu ihrem Amt und wünsche viel Energie und Erfolg für die Aufgaben in den kommenden Jahren. Gerne biete ich auch zukünftig meine Unterstützung an.“



Die Arbeit in einer „gedrehten“ Gemeinde

Gespräch mit Bürgermeisterin Marianne Rickl-List aus Groß-Schweinbarth

NÖ Gemeinde: Frau Bürgermeister, sie haben die Gemeinde nach zehn Jahren SPÖ-Führung erfolgreich gedreht, was war das Erfolgsrezept in Groß-Schweinbarth?

Rickl-List: Ich glaube unsere Idee, mit drei Kandidaten in die Wahl zu gehen und die Bürger entscheiden zu lassen, war der Schlüssel zum Erfolg. Wir haben nicht nur 30 Prozent an Stimmen dazu gewonnen, sondern auch die absolute Mehrheit geholt. Und nach unserem vorher vereinbarten Vorzugsstimmenmodell wurden die Funktionen des Bürgermeisters, des Vizebürgermeisters und des geschäftsführenden Gemeinderates dann auch vergeben. Das Modell hat sich wirklich bewährt. Wir sind jetzt mit mir als Quereinsteigerin, einem Techniker als Vizebürgermeister und einem Landwirten ein tolles Führungsteam.

Was sind die vorrangigen Themen, die Sie jetzt umsetzen wollen?

Wir haben die Arbeit rasch aufgenommen und binden auch die SPÖ voll in die Arbeit ein. In der Kommunalpolitik steht die gemeinsame Arbeit für die Bürger im Vordergrund. In den letzten zehn Jahren ist wenig passiert. Deswegen wollen wir jetzt auch die liegengeliebene Arbeit angehen. Der Bau eines neuen Kindergartens ist eines der ersten Projekte. Aber auch die Bauplatzschaffung ist ein Thema. Wir sind in der Gemeinde wirklich gut aufgestellt. Wir haben positive Finanzspitzen, guten Spielraum und Potenzial etwas zu bewegen.“



Marianne Rickl-List: „Wir haben die Arbeit rasch aufgenommen und binden auch die SPÖ voll in die Arbeit ein.“

Wie sehen die Bürger den „neuen Wind“ in Groß-Schweinbarth?

Die Bürger schätzen und spüren die positive Aufbruchstimmung in der Gemeinde. Sie haben auch schon darauf gewartet, dass etwas weitergeht. Und ich bin froh, dass das Hick-Hack der vergangenen Jahre nun ein Ende hat und bin was die zukünftige Arbeit betrifft, sehr zuversichtlich. Aus meiner beruflichen Erfahrung als Bankerin und studierte Wirtschaftlerin kenne ich mich bei den Finanzen gut aus und kann auch die Risiken gut abschätzen. Das hilft auch sehr bei der Bearbeitung kommunaler Projekte. Und mit meinem Team werden wir uns bestmöglich um die Anliegen der Bürger und der Gemeinde kümmern.

398 männlich, 37 weiblich

Die niederösterreichischen VP-Bürgermeister in Zahlen

435 Bürgermeister, davon 37 Frauen – so der letzte Stand – stellt Niederösterreichs ÖVP nach den jüngsten Gemeinde-Wahlen vom 25. Jänner. Nach Berufen geordnet, liegen – wie schon bisher und wenig überraschend – Beamte des öffentlichen Dienstes und Lehrer mit 108 Vertretern, davon elf Frauen, an der Spitze. Ganz knapp dahinter folgen gleichauf Angestellte und Bauern mit je 107 Vertretern, wobei der Frauenanteil bei den Angestellten zehn, bei den Bauern vier beträgt.

68 Bürgermeister, davon sechs Frauen, sind beruflich als selbständig ausgewiesen. 44 Gemeindechefs kommen aus anderen Berufsgruppen, darunter befinden sich sechs Frauen. Bei diesen „anderen“ handelt es sich unter anderem um Hausfrauen, Pensionisten und Studenten etc. Gegenüber den Gemeinde-Wahlen von 2010 hat sich bei der beruflichen wie der geschlechtlichen Herkunft der Bürgermeister kaum eine Änderung ergeben, auch der Anteil der aus dem Bauernstand kommenden Bürgermeister bleibt trotz Strukturwandels traditionell hoch.

Interessant ist auch, dass sich der Altersdurchschnitt mit 53,06 Jahren nahezu gleich auf Männer und Frauen verteilt. Wer ist schließlich älteste/r, wer jüngste/r Bürgermeister/in? Hier liegt bei den Männern Horst Schröttner aus Semmering mit 75 Jahren an der Spitze, jüngster Bürgermeister ist der Student Markus Baier aus Zellerndorf. Älteste Gemeindechefin ist Claudia Bock aus Wolfsgraben mit 62 Jahren, jüngste Gudrun Berger mit 39 aus Furth bei Göttweig.



Horst Schröttner aus Semmering ist mit 75 Jahren der „Nestor“ unter Niederösterreichs VP-Bürgermeistern.

Natur und Garten erleben am **Tag der Artenvielfalt**

17. Mai 2015, 10.00 bis 18.00 Uhr, auf der GARTEN TULLN

Die bunte Vielfalt unserer Tier- und Pflanzenarten lässt uns immer wieder staunen. Am „Tag der Artenvielfalt“ am 17. Mai haben Sie die Gelegenheit, gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung unsere Natur besser kennenzulernen: Bei geführten Exkursionen am Gelände der GARTEN TULLN können Sie heimische Tiere und Pflanzen aus nächster Nähe betrachten und mehr über ihre Lebensweise und Bedürfnisse erfahren. Die gefundenen Tierarten werden behutsam eingefangen, in einer Ausstellung gezeigt und anschließend wieder unbeschadet in die Natur freigelassen. So ist es möglich, Schmetterlinge, Libellen & Co. aus nächster Nähe zu betrachten.



Bei geführten Exkursionen am Gelände der GARTEN TULLN können Sie heimische Tiere und Pflanzen aus nächster Nähe betrachten und mehr über ihre Lebensweise und Bedürfnisse erfahren.

Spiel & Spaß für Kinder bieten das Musiktheater mit dem Team Sieberer und das gemeinsame Bauen von Nützlingshotels. Wir beraten Sie gerne zu allen Gartenfragen am großen „Natur im Garten“-Infostand. Unsere Expertinnen und Experten zeigen Ihnen Wege zu einem vielfältigen Naturgarten und laden Sie zum Entdecken ein!

Das detaillierte Programm und alle Infos bekommen Sie unter www.naturimgarten.at und beim „Natur im Garten“ Telefon 02742/74 333; sowie auf www.diegartentulln.at

Bunte Bodenwelt

Der Boden ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen, auch wenn ein Großteil mitsamt seinen Bodenlebewesen im Verborgenen liegt. „Natur im Garten“ bietet Ihnen heuer besondere Veranstaltungen, um Sie in die Tiefen des Bodens zu entführen und Ihnen zu zeigen, wie faszinierend diese Welt ist. Gesunde Pflanzen brauchen einen gesunden Boden, damit sie kräftig und robust wachsen können. Dafür verzichten wir auf Kunstdünger, Torf und Pestizide. So kann sich ein gesundes Gleichgewicht entwickeln und das Bodenleben seine Arbeit tun: Pflanzenreste werden von Regenwürmern und anderen Tierchen in wertvollen organischen Dünger umgewandelt. Die Gänge der fleißigen Bodenbewohner sorgen auch für die Belüftung.

Lebendiger Garten

Schlaue Gärtnerinnen und Gärtner wissen: Der Boden muss bedeckt sein, entweder durch Pflanzen oder durch Mulch. So ist er vor Auswaschung,



Foto: Natur_im_Garten/Alexander Haident

Die gefundenen Arten werden behutsam eingefangen, in einer Ausstellung gezeigt und anschließend wieder unbeschadet in die Natur freigelassen.

Austrocknung, Verschlammung und Windverwehung geschützt. Dabei helfen Mulchschichten aus Grasschnitt, Häckselgut und Laub. Eine Gründüngung aus lebenden Pflanzen lockert den Boden und hält ihn bedeckt. Verwenden Sie zum Beispiel Phazelia, dann können Sie sich auch an den hübschen Blüten dieser Pflanze erfreuen und bieten zusätzlich unseren Insekten Nahrung an.

Informationen

Das Team vom „Natur im Garten“ Telefon berät Sie gerne zu allen Gartenfragen!

Ob ökologische Düngung, richtige Bodenpflege, Fragen zu Gemüse und Obst – wir freuen uns auf Ihren Anruf unter 02742/74 333 bzw. Ihre Nachricht an gartentelefon@naturimgarten.at

Unser tagesaktuelles Seminarprogramm finden Sie auf www.naturimgarten.at/kurse.





„Wir ziehen an einem Strang.“
GKV-Präsident Alfred Riedl, Landes-
hauptmann-Stellvertreter Wolfgang
Sobotka und Gemeindebund-Chef
Helmut Mödlhammer

Länder solidarisieren sich mit den Gemeinden

Kommunen wollen neues Haushaltsrecht erst ab 10.000 Einwohnern

Der Gemeindebund möchte, dass das von Finanzminister Schelling geforderte neue Haushaltsrecht nur für Gemeinden über 10.000 Einwohner gilt. Gemeinden unter 10.000 Einwohnern sollten ein eigenes – auf denselben Prinzipien beruhendes – System entwickeln. „Wenn auch die kleineren Gemeinden umstellen müssten, würde das in Summe 230 Millionen Euro kosten“, sagt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Das sei nicht tragbar. Der Rechnungshof will dagegen, dass schon Gemeinden ab 3.000 Einwohner unter das neue Haushaltsrecht fallen. Sollte der Gemeindebund mit seiner Forderung nicht durchkommen, will man den Konsultationsmechanismus auslösen. Die Verhandlungen waren bei Redaktionsschluss im Laufenden. Bei einer gemeinsamen Tagung von Gemeindebund-Vertretern und den Gemeindeferenten der Bundesländer in St. Pölten stellten sich die Länder klar hinter die Forderung der Gemeinden. „Wir ziehen an einem Strang“, erklärte Niederösterreichs Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka. Beide Gebietskör-

perschaften, so Sobotka, stünden zur Steuerreform und seien bereit, ihre Anteile in der Höhe von insgesamt 360 Millionen Euro zu tragen.

Studie zu den Aufgaben der Gebietskörperschaften

Allerdings seien die Gebietskörperschaften in der bisher schwierigsten Finanzsituation überhaupt, meinte Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Unter den derzeitigen Bedingungen wird das Nulldefizit 2016 nur äußerst schwierig zu erreichen sein.“ Zudem werde der Druck von oben nach unten immer größer. In den Vorarbeiten zum Finanzausgleich solle daher untersucht werden, was die Basisaufgaben der Gebietskörperschaften seien und welche Aufgaben von der Finanzierung bis zur Ausübung den einzelnen Gebietskörperschaften zuzuteilen seien. Eine Studie wurde dazu in Auftrag gegeben. Insgesamt müsse der Finanzausgleich überschaubarer werden und das gesamte Regelwerk an Aufgaben und Finanzierungen klarstellen.

Finanzausgleich soll gerechter werden

Bei den kommenden Verhandlungen über den Finanzausgleich wollen Länder und Gemeinden erreichen, dass die Verteilung der Steuereinnahmen gerechter wird. Derzeit erhält Wien 1.400 Euro pro Einwohner, während beispielsweise eine kleine Gemeinde im Burgenland mit 700 Euro abgespeist wird. „Eine Aufteilung der Finanzmittel nach Köpfen wäre sicherlich die gerechteste Form“, so Sobotka. „Jeder österreichische Bürger muss gleich viel wert sein.“

Was ist der Konsultationsmechanismus?

Beim Konsultationsmechanismus geht es um die Kostentragung von Gesetzen. Gemäß dem Motto „Wer anschafft, soll auch zahlen“ soll verhindert werden, dass der Bund oder die Länder ohne vorherige Absprache Gesetze verabschieden, die eine andere Gebietskörperschaft finanziell belasten.

Produkt-Highlights bei der gemdat

Bei der Fachmesse wurden drei k5-Anwender geehrt

Die traditionelle Fachmesse der gemdat Niederösterreich war mit fast 400 Besuchern wieder ein wichtiger Impuls für Investitionen in zukunftsorientierte Verwaltungs- und E-Government-Anwendungen. Im Rahmen der Veranstaltung wurden mit einem symbolischen Akt die über hundert erfolgreichen Softwareumstellungen auf die neue kommunale Finanzlösung k5 gefeiert. Die neue E-Government-Lösung „bürgermeldungen.com“ als Möglichkeit für Städte und Gemeinden, die Kommunikation mit den Bürgern zu vereinfachen sowie Mängelbehebungen und das Anliegenmanagement im öffentlichen Raum zu beschleunigen, stieß auf ebenso großes Interesse wie ProOffice für den Baumkataster und die Dokumentation kommunaler Infrastruktur.



In Anwesenheit von GVV-Präsident Alfred Riedl und Gemeindebund-Generalsekretär Walter Leiss holte die Geschäftsleitung der gemdat die Vertreter der Gemeinden Zöbern, Gnadendorf und Reisenberg als 99., 100. und 101. k5-Anwender in Niederösterreich vor den Vorhang, um sich stellvertretend bei allen Kunden für den gemeinsamen erfolgreichen Start in eine neue Software-Ära zu bedanken. Bild: Alfred Riedl, Klaus Christenheit, Margit Fasching, Franz Prenner, Franz Mandl, Richard Pelzelmayer, Manfred Schulz, Walter Leiss, Josef Sam, Maria Laufer, Johannes Broschek und Richard Reisenberger.



E-Mobilitäts TESTtag

30. Mai 2015, 10 - 18 Uhr | Wachau-Ring Melk

LIVE ACTS: **Jazz Gitti, Die Wörtherseer**
durch den Tag führt: **Andy Marek**

Kulinarische Köstlichkeiten vom „So schmeckt NÖ“-Partnerbetrieb „Pichlers“
Erleben Sie die Welt der E-Mobilität | www.enu.at/e-mobilitaetstag

über 40 E-Autos,
E-Bikes,
Roller & Co
zum Testen
Kinderprogramm
RADLAND
Erlebniswelt

Eintritt frei

Bundesländerübergreifende Zusammenarbeit

Treffen der VP-Klubobleute in Wiener Neustadt

In regelmäßigen Abständen treffen einander die VP-Klubobleute der Bundesländer und diskutieren über aktuelle politische Themen. Zuletzt waren sie in Niederösterreich beim Klubobmann der Volkspartei NÖ und frisch gekürten Bürgermeister von Wiener Neustadt Klaus Schneeberger zu Gast.

„Die Themenpalette bei unserem Treffen war wieder breit gefächert und ich freue mich, dass auch Klubobmann Reinhold Lopatka und sein Stellvertreter August Wöginger den Weg zu uns gefunden haben. Die enge Zusammenarbeit und Abstimmung der Bundesländer-Klubs mit dem Nationalrat ist in herausfordernden Zeiten wie wir sie gerade erleben Grundlage für eine erfolgreiche Politik“ betonte Klaus Schneeberger.

Ein brisantes Thema war die Haltung der Teilnehmer zum Freihandelsabkommen TTIP, das alle Klubobleute

durchaus kritisch sehen. „Die laufenden Verhandlungen über TTIP werfen eine Reihe von Fragen auf. Unsere Bundesregierung muss sicherstellen, dass die hohen europäischen Standards, insbesondere in den Bereichen Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt-, Tier- und Datenschutz nicht aufgeweicht werden dürfen“ fordert Schneeberger daher.

„Genauso ist es wichtig, dass alle derzeit und künftig geschützten EU-Herkunftsangaben und Ursprungsbezeichnungen auch in den USA geschützt werden.“ Bei der Tagung war auch Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter und Finanzreferent Wolfgang Sobotka anwesend, der über die aktuelle Entwicklung der Hypo Alpe Adria Abbaubank HETA und die Haftungen der Länder informierte. Deutlich wurde noch einmal das Bekenntnis der Länder zu ihren Verpflichtungen bekräftigt und festgehalten, dass alle Forderungen erfüllt werden. Die Klubobleute waren

sich einig, dass hier ein Schulterschluss aller Länder notwendig ist, um den Finanzplatz und das Ansehen Österreichs als Investitionsstandort sicherzustellen.

Erleichterung für Wirte

Ein weiteres Thema war die Weiterentwicklung der Gewerbeordnung für das Gastgewerbe im Bereich besonderer Anlässe wie Volksfeste oder Wohltätigkeitsveranstaltungen, die außerhalb der üblichen Betriebsstätten stattfinden. Hier regten die Klubobleute an, dass in Zukunft für die Verlegung der Betriebsstätte keine eigene Genehmigung erforderlich sein soll. „Das hilft unseren Wirten und sichert die Weiterführung unserer vielen geselligen Volksfeste und Wohltätigkeitsveranstaltungen“ erklärt Klaus Schneeberger.

Kritisch sahen die Klubobleute die Entwicklung im Bereich „Gemeinsames Haushaltsrecht der Länder und Gemeinden“. „Wir wollen ein vergleichbares und transparentes Haushaltsrecht und die bisherigen Verhandlungen sind auch weit gediehen. Aber die neue Regelung muss in enger Abstimmung des Finanzministeriums mit den Ländern erfolgen!“

Ein großes Anliegen ist den Teilnehmern aus allen Bundesländern, Menschen am Ende ihres Lebens einen würdevollen Lebensabend zu ermöglichen. Daher bekräftigen die VP-Klubobleute die Forderung nach einem flächendeckenden Ausbau von Hospiz- und Palliativeinrichtungen bis zum Jahr 2020. „Ein würdevoller Umgang mit den Mitmenschen, die im Sterben liegen ist Ausdruck unserer christlich-sozialen Politik“, fasste Schneeberger die Meinungen zusammen.



Fritz Aichinger (Wien), Klaus Schneeberger (NÖ), Rudolf Strommer (Burgenland), Daniela Gutschi (Salzburg), Ferdinand Hueter (Kärnten), Reinhold Lopatka (Parlamentsklub), Josef Türtscher (Vorarlberg), Johann Hingsamer (OÖ), LH-Stv. Wolfgang Sobotka, August Wöginger (Parlamentsklub)



NÖ Kliniken: „Turnus mit Herz“ startet

Land NÖ und die NÖ Landeskliniken-Holding starten eine neue Initiative, um Turnus- und Jungärzte für die Landes- und Universitätskliniken anzuwerben

Die Anzahl an Medizinstudium-Absolventen ist seit Einführung der Eignungstests rückläufig. Während es 2007 noch 1.797 Absolventen österreichweit gegeben hat, sind es 2013 nur mehr 1.168 – also über 600 weniger pro Jahr.

Um die Gesundheitsversorgung in Niederösterreich auch weiterhin auf dem gleichen hohen Niveau halten zu können, sorgen die NÖ Landeskliniken daher schon heute vor und sind mit der Karl Landsteiner Privatuniversität und unseren drei Universitätskliniken Krems, St. Pölten und Tulln selbst in der Ausbildung tätig. Darüber hinaus startet die Werbelinie „Turnus mit Herz“ an den einschlägigen Berufsmessen.

Wie attraktiv Niederösterreich als Dienstgeber ist, zeigen auch die Fakten: mehr als zwei Drittel der Turnusärzte bleiben nach ihrem Turnus im Landesdienst und stärken so das Gesundheitssystem.

Angebote für Jungärzte

Ziel der neuen Werbelinie ist es, speziell Jungmediziner anzusprechen und von den Vorteilen der Arbeit in einem NÖ Klinikum zu überzeugen. Neben der universitären Ausbildung gehören dazu auch zahlreiche Angebote, die Niederösterreich speziell für junge Ärzte geschnürt hat: kostenlose Weiterbildungsseminare, geförderte Fortbildungen und Vertiefungsausbildungen sowie die eigenverantwortliche Führung von Patienten unter Supervision von Fachärzten.

„Der große Vorteil für Turnusärzte ist neben einem attraktiven Arbeitsumfeld vor allem auch, dass die administrative Tätigkeit in den Hintergrund rückt, während das selbständige Lernen mit Patientenkontakt stärker als bisher im Fokus stehen soll. Die verbesserte Wissensvermittlung kann dabei unmittelbar in die tägliche Arbeit für unsere Patientinnen und Patienten einfließen“, betont der Vorsitzende der ärztlichen Direktoren, Dr. Thomas Gamsjäger.

Entlastung der Ärzte

Neben den Maßnahmen zur Attraktivierung des Turnus, setzt Niederösterreich auch auf die administrative und organisatorische Entlastung der Ärztinnen und Ärzte. So sollen künftig Tätigkeiten, die nicht direkt einer ärztlichen Expertise bedürfen, vermehrt von diplomierten Pflegekräften erbracht werden. Parallel dazu wird angedacht administrative Unterstützung zu geben, wozu derzeit Pilotversuche im LK Amstetten und dem LK Waidhofen an der Thaya laufen.

Derzeit sind rund 500 Turnusärztinnen und -ärzte im Einsatz in den NÖ Kliniken. „Für uns ist wichtig, verstärkt Turnusärzte anzuwerben, denn der Turnusarzt von heute ist der Arzt von morgen. Mit unserer neu entwickelten Werbelinie streichen wir die Vorteile Niederösterreichs hervor: mehr Lebensqualität, bessere Ausbildung und bessere Karrierechancen“, so Gamsjäger.



Vorschau auf die NÖ Landesausstellung 2015: Superintendent Paul Weiland, Kultur-Abteilungsleiter Hermann Dikowitsch, Landeshauptmann Erwin Pröll, der Leiter der NÖ Landesausstellungen Kurt Farasin sowie die Ausstellungsgestalter Beat Gugger und Gerhard Proksch

Foto: NLK/Pfeiffer

Landesausstellung bringt nachhaltige Investitionen

Region profitiert auch langfristig

Vom 25. April bis 1. November wird das Mostviertel ganz im Zeichen der Niederösterreichischen Landesausstellung 2015 stehen: Die Ausstellungsorte Neubruck und Frankenfels-Laubenbachmühle sowie das neue Naturparkzentrum Ötscher-Basis in Wienerbruck werden einen tiefen Einblick in die Geschichte und Geschichten der Ötscherregion und der Alpen geben.

9,5 Millionen Besucher bei den 37 Landesausstellungen

„Die Landesausstellungen sind ein Publikumsmagnet geworden“, resümierte Landeshauptmann Erwin Pröll. „Bei den vergangenen 37 Landesaus-

stellungen haben wir insgesamt rund 9,5 Millionen Besucher gezählt.“ Neben der kulturpolitischen Facette hätten die Landesausstellungen immer auch eine regionalpolitische, so der Landeshauptmann: „Unsere Landesausstellungen haben auch das Ziel, nachhaltige Investitionen in der Region zu tätigen, um die Regionalentwicklung zu fördern, die regionale Wertschöpfung zu steigern und Arbeitsplätze zu sichern.“ Weiters sei eine Landesausstellung stets auch eine „touristische Lokomotive“, betonte er: „Wir wollen die Tourismusentwicklung ankurbeln und die Region soll auch eine entsprechende Imageaufwertung erfahren.“

Niederösterreich hat 20 Millionen Euro investiert

Von Seiten des Landes Niederösterreich sind rund 20 Millionen Euro in die Grundstruktur der Landesausstellung investiert worden, bilanziert der Landeshauptmann. Rund 1,6 Millionen Euro seien in Laubenbachmühle investiert worden, rund 9,3 Millionen in Neubruck (etwa in die Sanierung des Töpperschlosses), 4,8 Millionen Euro in

Wienerbruck. Der Rest auf die rund 20 Millionen Euro seien in Begleitprojekte geflossen. Im Zusammenhang mit der Mariazellerbahn, die „eine ganz zentrale Rolle“ einnehmen werde, verwies Pröll auch auf Investitionen von 117 Millionen Euro, mit denen die Mariazellerbahn „zu neuem Leben erweckt“ worden sei.

Die Niederösterreichische Landesausstellung 2015 in Frankenfels-Laubenbachmühle, Wienerbruck und Neubruck umfasst 174 Regionspartner, 83 Naturvermittler, 15 ÖTSCHER:REICH-Stationen, zwei Rundwanderwege, zwei Ausstellungsorte, das Naturparkzentrum Ötscher-Basis und die Mariazellerbahn.

Unter dem Titel „ÖTSCHER:REICH“ stellen die Ausstellungsgestalter Beat Gugger und Gerhard Proksch, der Alpenforscher Werner Bätzing und der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Ernst Bruckmüller spannende Fragen über die Geschichte des alpinen Mostviertels und versuchen Antworten auf die Frage nach der Zukunft des Alpenraums zu geben.

Informationen

Die Ausstellung ist bis 1. November täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet. Im Ausstellungseintritt inbegriffen sind die Bergfahrt mit der Mariazellerbahn und erstmals auch der eigene Ausstellungsshuttle.
www.noelandesausstellung.at



entgeltliche Einschaltung der Volkspartei Niederösterreich

Hilfswerk Menüservice

Das Top-Angebot für Ihre Gemeinde

Als kompetenter Partner der Gemeinden bietet das Hilfswerk das „Restaurant zuhause“ flächendeckend in Niederösterreich - für Senioren sowie Kindergärten und Schulen.

Das NÖ Hilfswerk sucht stetig sehr individuelle, familien- und gemeindegerechte Lösungen. So auch beim Hilfswerk Menüservice, das flächendeckend in Niederösterreich angeboten wird. Es gibt Gaumenfreuden für Senioren und andere Privatpersonen oder einen schmackhaften Mittagstisch für Kindergärten und Schulen.

Qualität, die schmeckt

Das NÖ Hilfswerk liefert einmal pro Woche die Mahlzeiten direkt ins Privathaus bzw. in die Kinderbetreuungseinrichtung – tiefgekühlt und in österreichischer Qualität. Die Speisen werden nach traditioneller Art zubereitet und sofort tiefgefroren – Vitamine und Nährstoffe bleiben optimal erhalten. Die Gerichte sind frei von Geschmacksverstärkern, künstlichen Farbstoffen, Konservierungsstoffen und gentechnisch veränderten Zutaten. Und das Wichtigste ist: es schmeckt.

Wir haben zwei Top-Angebote für Ihre Gemeinde:

1. Vielfältiger Genuss für Ihr Restaurant zuhause

Es besteht kein Organisationsaufwand für die Gemeinden. Die Menüs werden direkt an den Kunden geliefert – und das ohne Zustellgebühr. Die Bürgerinnen und Bürger haben die freie Wahl zwischen Wochenmenüs und „à la carte“. Bestellverpflichtung gibt es keine. Das NÖ Hilfswerk bietet eine große Auswahl an diätetischen Speisen. Auch cholesterinarme, glutenfreie, laktosefreie und pürierte Speisen sowie Diabetiker- und Schonkost können



„Einfach bestellt, kostenlos geliefert, schnell zubereitet – und es schmeckt“, bekräftigt NÖ Hilfswerk-Präsidentin Michaela Hinterholzer.

geliefert werden. Durch die Tiefkühlung ist eine hohe Hygienesicherheit gegeben.

2. Mittagstisch für Kindergärten und Schulen

Der Speiseplan wird abwechslungsreich und kindgerecht gestaltet und mit frischem Salat, Obst und Milchprodukten ergänzt. Zusätzlich stehen den kleinen Genießern noch drei Wahlmenüs zum Austausch zu Verfügung. Die Gerichte werden portionsgenau bestellt und verrechnet – somit ist auch das Preis-Leistungs-Verhältnis unschlagbar. Dazu kommt ein umfassendes Serviceangebot: Es gibt keine Zustellgebühr; die Geräte können für die Dauer der Zusammenarbeit kostenlos ausgeliehen werden. Die Mitarbeiter/innen der Kinderbetreuungseinrichtungen werden zudem vom Hilfswerk eingeschult.

Gaumenfreude zum Testen

Für Privatpersonen

„3 aus 6“ heißt unser Top-Angebot für Neukunden. Aus sechs Hauptspeisen können zum Vorzugspreis von 9,90 Euro drei Favoriten gewählt werden. Es kann zusätzlich ein Gratisessen zum Testen bestellt werden.

Für Gemeinden

Die Mitarbeiter/innen des NÖ Hilfswerk stellen das Angebot gerne persönlich vor. Bei einer kostenlosen und unverbindlichen Verkostung können sie das Angebot testen. Rufen Sie uns an: 02742 90 4 90, menueservice@noe.hilfswerk.at

Befreit, aber noch nicht frei

Das Kriegsende 1945 in Niederösterreich

von **Franz Oswald**

April/Mai 1945: Für Niederösterreich und damit für ganz Österreich ging der Zweite Weltkrieg zu Ende, der Anschluss Österreichs an NS-Deutschland wurde für null und nichtig erklärt. Staat, Land und Gemeinden wurden wiedergegründet. Vorerst nur provisorisch. Österreich war befreit, aber noch nicht frei, die vier Besatzungsmächte hatten bekanntlich noch zehn Jahre das Sagen, ehe die Freiheit erst 1955 mit dem Staatsvertrag kam. Allerdings mit einigen Einschränkungen, entscheidend aber war, dass Österreich nunmehr wieder ein souveränes Mitglied der Staatengemeinschaft wurde.

Die Gemeinden traf 1945 ein besonders hartes Los. Viele waren in den letzten Kriegstagen Kampfgebiet, vor allem Kommunen des Industrie- und des Weinviertels waren teils zerstört, Teile der männlichen Bevölkerung noch nicht aus Krieg und/oder Gefangenschaft zurückgekehrt. Leopold Figl prägte nach fast siebenjähriger KZ-Haft, zuletzt mit dem Todesurteil bedroht, bei seinem ersten Wiederbetreten des NÖ Landhauses in Wien am 17. April den historischen Satz: „Hier ist nicht Niederdonau, hier ist Niederösterreich.“ Die Stimmung schwankte

zwischen Befreiung und Aufbruch einerseits sowie Not und Verzweiflung andererseits. Stunde null.

Das alles ist bekannt, aufgearbeitet, verarbeitet. Dennoch soll heute, 70 Jahre danach, nochmals an dieses vielfach vergessene Geschehen vor 70 Jahren erinnert werden, vor allem aus Gemeindegeseht. Im Folgenden kommen zwei prominente Gemeindevertreter als Zeitzeugen zu Wort, die die damaligen Umbruchtage sehr realistisch in Erinnerung rufen: Hermann Laferl und Johann Waltner, beide beim Neubeginn 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht kommissarisch als Bürgermeister eingesetzt, beide später Obmänner des Gemeindevertreterverbandes.

Essen besorgen, Trümmer wegräumen

Hermann Laferl, bereits seit den ersten Apriltagen 1945 als Bürgermeister von Weikersdorf am Steinfeld tätig, schildert die damaligen Zustände drastisch: „Die erste und zunächst einzige Aufgabe der Gemeindevertretung war es, den Menschen Essen aufzutreiben, dann die Trümmer wegzuräumen, langsam mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Es halfen nur Eigeninitiative und Improvisation. Ab 12. April gab es bereits Unterricht in der Volksschule, Lehrer konnten aus den vielen Flüchtlingen und Versprengten rekrutiert werden.“ Grotesk der erste Erlös für die Weikersdorfer Gemeindefinanzen. Laferl: „Wir verkauften das Fleisch eines von den Russen zuerst requirierten und dann erschlagenen Pferdes!“

Eigeninitiative konnte freilich lebensgefährlich sein. „Meine Frau hat mich damals inständig gebeten, an unsere vier kleinen Kinder zu denken und das Bürgermeisteramt niederzulegen. Immerhin wurden zwei meiner Amts-



kollegen, die Bürgermeister von Muthmannsdorf und Dreistetten, von den Besatzern umgebracht“, schildert Laferl die damaligen oft lebensgefährlichen Verhältnisse. Vorladungen zu frühen Morgenstunden in die sowjetische Kommandatur in das fast zur Gänze zerstörte Wiener Neustadt waren keine Seltenheit, sie endeten mitunter auch in einem ordentlichen Besäufnis und damit letzten Endes gütlich.

In dieser Manier ging es noch einige Jahre weiter. Der spätere Bundeskanzler Raab sagte dazu anlässlich des zehnjährigen Bestehens des GVV 1957: „Der Wiederaufbau der zerstörten Heimat, die jahrelange Besatzung, die eine zusätzliche schwere Belastung für die Bevölkerung war, haben besondere Anforderungen an die Gemeindevertreter gestellt. Diese Zeit verlangte persönlichen Mut, politische Klugheit und Tatkraft, um der schier unlösbaren Probleme Herr zu werden.“



Hermann Laferl: „Die erste und zunächst einzige Aufgabe der Gemeindevertretung war es, den Menschen Essen aufzutreiben.“

Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald,
Chefredakteur der
NÖ Landesregierung i.R.,
jetzt freier Journalist





„Die Situation der Gemeinden war damals, Mitte, Ende der Vierzigerjahre, ausgesprochen trostlos.“ Feldarbeit im Jahr 1945

Kampf um jeden Tausender

Johann Waltner, von 1929 bis 1938 und von 1945 bis 1970 Bürgermeister von Altenwörth an der Donau, Landesrat und Landtagsabgeordneter, verweist in seinen Erinnerungen vor allem darauf, dass es in den ersten Jahren nach dem Krieg im Landtag und in vielen Gemeinden Kommunisten gab. Was dazu führte, dass eine offene Sprache und damit auch eine offene Diskussion in den politischen Vertretungen nicht möglich war.

Waltner war ebenso wie Laferl einer der Pioniere des GVV, der 1947 gegründet wurde und dessen ersten Obmann er von 1947 bis 1949 war. Waltner in einem Rückblick: „Die Situation der Gemeinden war damals, Mitte, Ende



Johann Waltner: Eine offene Diskussion war in den politischen Vertretungen wegen der Kommunisten nicht möglich.

der Vierzigerjahre, ausgesprochen trostlos. Die Gemeinden waren teilweise zerstört, Inventar in den Gemeindestuben gab es fast überhaupt keines, Improvisation war Trumpf. Daher war es auch eine besondere Aufgabe des Verbandes, den Kontakt der Gemeinden untereinander herzustellen und gegenüber der Besatzungsmacht, aber auch gegenüber den Landes- und Bundesstellen geschlossen und abge-

„Wenn alle Stricke zu reißen drohten, dann war unser Bundeskanzler Figl oft der letzte Rettungsanker, und irgendwie hat er immer geholfen.“

Johann Waltner

stimmt aufzutreten. Wir haben um jeden Tausender für die Gemeinden gerauft und gestritten, die finanzielle Lage der Gemeinden war nahezu hoffnungslos.

Und wenn alle

Stricke zu reißen drohten, dann war unser Bundeskanzler Figl oft der letzte Rettungsanker, und irgendwie hat er immer geholfen.“

Waltner verweist auch darauf, wie und wo oft wichtige politische Entscheidungen zustandekamen, so im legendären „Reither-Stüberl“ in der NÖ Landwirtschaftskammer in Wien, benannt nach Landeshauptmann und Kammerpräsident Josef Reither. Dieser selbst, Figl, Landwirtschaftsminister Kraus und andere Spitzenpolitiker trafen sich hier oft zum Essen oder zu einer Schnapserpartie. Hier wurde dem Kanzler, dem Minister, dem Landeshauptmann so manche Hilfe für die Gemeinden abgerungen, man hat aber auch – ein historisches Verdienst der niederösterreichischen Bauern – die Bedürfnisse der Millionenstadt Wien nicht vergessen, die Stadt vor dem Verhungern bewahrt.

Kleine Gemeindechronik

1945

- 29.3. Bei Lembach in der Buckligen Welt erreichen Sowjettruppen erstmals niederösterreichischen Boden.
- 18.4. Der sowjetische Stadtkommandant erlaubt die Wiederaufnahme der Verwaltung im Land und in den Gemeinden unter Zuziehung eines KP-Vertreters.
- 10.7. Die Provisorische Staatsregierung beschließt ein vorläufiges Gemeindegesetz, das die Bildung provisorischer Gemeindeausschüsse vorsieht.
- 14.7. Erlass des Provisorischen Landesausschusses (Vorläufer der Landesregierung) über die Führung der Gemeindegeschäfte.
- 1.10. Landesweit funktioniert wieder der Postverkehr – für die Gemeinden ganz wichtig. Ganze 410 Pkw sind in NÖ gemeldet.
- 12.10. Die in der NS-Zeit erfolgten Zusammenlegungen und Trennungen von Gemeinden werden aufgehoben.
- 25.11. Bei der ersten Landtagswahl gewinnt die ÖVP 32, die SPÖ 22, die KPÖ 2 Mandate.

1946

- 5.2.: Die Landtagsparteien beschließen eine Vereinbarung, wonach bis zur Durchführung allgemeiner Gemeinderatswahlen in allen Gemeinden die provisorischen Gemeindeausschüsse zu amtieren haben.
- 29.6. Der Landtag beschließt das Gebietsänderungsgesetz: 80 von 97 Randgemeinden, die 1938 Groß-Wien zugeschlagen worden waren, sollen wieder zu NÖ kommen. Die Umsetzung scheidet zunächst am Nein des Alliierten Rates, die Rückgemeindung erfolgt schließlich erst 1954. In den beiden Großparteien ÖVP und SPÖ wird die Bildung von Gemeindevertreterverbänden vorbereitet, die für die ÖVP am 10. Oktober 1947 und für die SPÖ tags darauf erfolgt.

Die Bezirke haben sich **neu aufgestellt**

GVV-Bezirksversammlungen mit Neuwahlen

Nach den Gemeinde-Wahlen stellen sich auch die GVV-Bezirksorganisationen neu auf. Zwischen April und Oktober gibt es die jeweiligen Bezirksversammlungen mit Neuwahlen.

Der Start erfolgte in den Bezirken Horn, Amstetten und Neunkirchen. Und so geht es weiter (Veranstaltungsorte teilweise noch nicht fix):

Bezirk Melk, 13. Mai,
19.30 Uhr, Hofamt Priel, GH Nagl,
Bezirksobmann Strasser

Bezirk Mödling, 19. Mai,
19 Uhr, Burg Perchtoldsdorf,
Bezirksobmann Wimmer

Bezirk Baden, 20. Mai,
19 Uhr, Gemeindezentrum Pfaff-
stätten, Bezirksobmann Balber

Bezirk Gänserndorf, 3. Juni,
19 Uhr, voraussichtlich Veranstal-
tungszentrum Optimum Matzen,
Bezirksobmann Jantschitsch

Bezirk Krems, 10. Juni,
19 Uhr, Römerhalle Mautern,
Bezirksobmann Pfeifer

Bezirk Lilienfeld, 11. Juni,
19 Uhr, Stift Lilienfeld,
Bezirksobmann Schrittwieser

Bezirk Bruck/Leitha, 24. Juni,
19 Uhr, Kulturhaus Prellenkirchen,
Bezirksobmann Köck

Bezirk Waidhofen/Thaya, 25. Juni,
19 Uhr, Raiffeisensaal Waidhofen,
Bezirksobmann Deimel

Bezirk Wr. Neustadt, 4. September,
19 Uhr, Bezirksobmann Weber

Bezirk Hollabrunn, 8. September,
19 Uhr, Bezirksobmann Marihart

Bezirk Korneuburg, 16. September,
19 Uhr, VAZ Hausleiten,
Bezirksobmann Ruthner



Bezirksversammlung in Eggenburg (Bezirk Horn) ...

Bezirk Sankt Pölten, 17. September,
19 Uhr, GH Seeland St. Pölten
Bezirksobmann Wandl

Bezirk Zwettl, 18. September,
19 Uhr, Lagerhaus Zwettl,
Bezirksobmann Prinz

Bezirk Wien-Umgebung, 21. Sept.,
19 Uhr, Bezirksobmann
Schmidl-Haberleitner

Bezirk Gmünd, 22. September,
19 Uhr, Hotel Solebad Gmünd,
Bezirksobfrau Göll

Bezirk Scheibbs, 23. September,
19 Uhr, GH Prinz, Purgstall
Bezirksobmann Schuster

Bezirk Mistelbach, 6. Oktober,
19 Uhr, Gemeindsaal Ladendorf,
Bezirksobmann Matzinger

Bezirk Tulln, Termin und
Veranstaltungsort offen,
Bezirksobmann Präsident Riedl

... und in Euratsfeld (Bezirk Amstetten)





Andreas Krist, Christian Schleritzko, Jürgen Maier, Maria Bogensberger, Wolfgang Sobotka, Christoph Nestler, Franz Mandl, Gerhard Pircher, Martin Freudhofmeier

Effiziente Umsetzung der Haushaltsrechtsreform gefordert

14. NÖ Bürgermeistertag der NÖ GBG im Landtagsitzungssaal

Rund 300 Besucherinnen und Besucher nutzten den diesjährigen NÖ Bürgermeistertag der NÖ GBG, um sich über die neuesten Themen zu den Gemeindefinanzen zu informieren. GVV-Vizepräsident Karl Moser nutzte die Gelegenheit, um die vielen neuen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu begrüßen und forderte sie dazu auf, das Netzwerk des Gemeindevertreterverbände mit ihren Partnern zu nutzen, um sich in den kommenden Jahren gut aufzustellen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka sieht große Herausforderungen auf alle Gebietskörperschaften aufziehen und verweist auf die gute Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden. Die Gemeinden bleiben ein wichtiger Wachstumsmotor für die Wirtschaft und gerade deshalb werde ein gerechter Finanzausgleich wichtig für die Stabilität in unserem Land sein. Im Rahmen des Bürgermeistertages

wurde auch das Projekt GemMIS (Gemeinde-Management-Informationssystem) vorgestellt (siehe auch Seite 22).

Wie Controlling in den Gemeinden aussehen kann, stellten Maria Bogensberger von Quantum und Andreas Krist von Kommunalkredit Austria zur Schau. Die Ergebnisse tatsächlicher kommunaler Eröffnungsbilanzen waren Gegenstand des Vortrags von Christoph Nestler, NÖ GBG.

Die teilnehmenden Gemeinden, allen voran die Stadtgemeinde Wieselburg vertreten durch Bürgermeister Günther Leichtfried und die Stadtgemeinde Horn vertreten durch Bürgermeister Jürgen Maier zeigten sich in der anschließenden Diskussion vom Projekt überzeugt. Amtsleiterin Eveline Schwarzl aus Rohrendorf empfahl nicht bis zur endgültigen neuen VRV zu warten, sondern sich schon jetzt auf die Vermögensrechnung vorzubereiten. Die Projektorganisation und die

Ausarbeitungen der NÖ GBG waren ihr eine wesentliche Hilfe. Das Erfordernis der NÖ Gemeindeordnung hinsichtlich der Erfassung und Bewertung des Gemeindevermögens wurde hier unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze (Effizienz, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit) vollauf Genüge getan. Auch für die VRV neu sind diese Ansätze relevant, was auch Christian Schleritzko in seiner Funktion als Verhandler seitens des Gemeindebunds hervorhob. Der Gemeindebund möchte den Gemeinden ermöglichen, Altbewährtes nicht aufzugeben, sondern um die Vermögensrechnung (=Gemeindebilanz), Ergebnisrechnung und Finanzierungsrechnung zu ergänzen.

Informationen

Die Vortragsunterlagen zum Bürgermeistertag sind auf der Homepage der NÖ GBG abrufbar. www.noegbg.at



Ein Feuerwehrmann wollte seinen „Rauswurf“ nicht hinnehmen und brachte eine mit einer Gegendarstellung versehene Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht ein.



Die Fertigung: ein essentielles Bescheidmerkmal

Ohne erkennbaren Genehmiger ist eine behördliche Erledigung nach dem AVG kein Bescheid

von Gerald Kammerhofer

„Sehr geehrter Kamerad, das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr musste leider feststellen, dass Du nicht in unser Mannschaftssystem passt und aus diversen Gründen wie folgt mit sofortiger Wirkung aus dem Feuerwehrdienst scheidest. Die Gründe sind:

- Missachtung einer Anweisung des Kommandanten
- Beleidigung des Kommandos
- Abmahnungen wegen Tragen eines falschen Dienstgrades
- Bewusstes Zurückhalten eines fremden digitalen Pagers
- Falsche Aussage bezüglich nicht abgeschaltetem Pager während der Suspendierung
- Rückgabe eines nicht defekten Pagers
- Anzeige bei der Gemeinde über die Sanitäreinrichtungen bei der Feuerwehr
- Vorinformation an die Gemeinde

wegen Einleitung eines Misstrauensantrages gegen den Kommandanten – Anonyme Abstimmung auf einer Online-Plattform gegen den Kommandanten

Des Weiteren hast Du Hausverbot bei der Freiwilligen Feuerwehr. Wir, das Kommando, danken für die Kenntnisnahme und verbleiben mit gut Wehr.“

Dieses Schreiben war zwar von mehreren Personen unterschrieben, allerdings waren die Handschriften nicht lesbar. Die Namen der Unterfertigen waren auch sonst nicht auf dem Dokument angeführt.

Der Betroffene Feuerwehrmann wollte diesen „Rauswurf“ so nicht hinnehmen und brachte eine mit einer Gegendarstellung versehene Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht (LVwG 27.11.2014, LVwG-AB-14-0891) ein.

„Bescheid“ ist Voraussetzung für Beschwerde

Jede schriftliche Ausfertigung der Behörde hat die Bezeichnung der Behörde, das Datum der Genehmigung und den Namen des Genehmigenden zu enthalten (§ 18 Abs. 4 AVG). Genehmigender ist bei monokratisch organisierten Behörden stets der Organwalter, der die Entscheidung durch Genehmigung der internen Erledigung getroffen hat. Im Falle der Freiwilligen Feuerwehr kommt dem Feuerwehrkommandanten Organqualität zu (§ 38 Abs. 1 NÖ Feuerwehrgesetz).

Gemäß der nach § 40 NÖ Feuerwehrgesetz erlassenen Dienstordnung der Freiwilligen Feuerwehren hat nach deren § 12 Abs. 4 bei Vorliegen der darin näher angeführten Gründe der Feuerwehrkommandant den Ausschluss

eines Mitglieds – nach Beratung im Feuerwehrkommando – schriftlich zu verfügen.

Name des Genehmigenden

In schriftlichen Ausfertigungen, denen Bescheidcharakter zukommen soll, wäre daher entweder der Name des Feuerwehrkommandanten oder, wenn die Willensbildung durch einen Approbationsbefugten erfolgte, der Name des vom Feuerwehrkommandanten ermächtigten Organwalters anzuführen (z. B. durch die Wendung „für den Feuerwehrkommandanten“, „im Auftrag“ oder „i.V.“).

Das Unterlassen eines solchen Hinweises in der Fertigungsklausel führt zur absoluten Nichtigkeit der Ausfertigung, wenn dadurch die Zurechnung zum ermächtigenden Organ unmöglich wird (vgl. VwGH 22.4. 2010, 2009/04/0050). Zum Erfordernis des Namens des Genehmigenden auf einem Bescheid hat der Verwaltungsgerichtshof (VwGH 13.12.2004, 2004/17/0201) ausgesprochen, dass diesem Erfordernis

- durch eine leserliche Unterschrift,
 - durch die leserliche Beifügung des Namens des Genehmigenden bei der Unterschrift oder
 - durch eine andere geeignete namentliche Angabe des Genehmigenden auf der Ausfertigung
- entsprochen wird. Wird diesem Erfordernis des Aufscheins des Namens des Genehmigenden in einer behördlichen Erledigung nicht entsprochen, kommt dieser Erledigung keine Bescheidqualität zu.

Der Name des Genehmigenden bzw. der drei Personen, die offenkundig für den „Rauswurf“ verantwortlich zeichnen wollten, geht aus der dem Beschwerdeführer übermittelten Erledigung nicht erkennbar hervor. Die Unterschriften der drei Genehmigenden sind zum einen nicht leserlich und wurden zum anderen auch keine Namen beifügt. Die Unklarheit über die Genehmigenden ergibt sich vor allem daraus, dass weder der Name des Feuerwehrkommandanten genannt noch ausdrücklich die

Funktionsbezeichnung als Feuerwehrkommandant beigefügt wurde.

Es handelt sich bei dieser Erledigung daher nicht um einen Bescheid. Das Feuerwehrmitglied wurde durch das Schreiben aus rechtlicher Sicht gar nicht wirksam aus der Feuerwehr ausgeschlossen.

Das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich wies die Beschwerde gegen diesen „Nicht-Bescheid“ durch den Senatsvorsitzenden und die zwei fachkundigen Laienrichter aus diesem Grund als unzulässig zurück.



MMag. Gerald Kammerhofer
ist Landesgeschäftsführer des
Gemeindevertreterverbandes der
Volkspartei Niederösterreich

Aktuelle Infos aus den Gemeinden

Kommunalverlag startet mit www.kommunal.at

Auf dem Portal www.kommunal.at finden sich Beiträge, Kommentare und Fachartikel der aktuellen Ausgabe des Gemeindebund-Magazins KOMMUNAL sowie aktuelle News aus den österreichischen Gemeinden.

Wie auch das Heft gliedert sich der Internetauftritt in drei Unterseiten:

In der Kategorie „**Politik & Recht**“ findet sich die aktuelle Berichterstattung über kommunalpolitische Themen sowie juristische Fachartikel.

Unter „**Gestalten & Arbeiten**“ erfährt man alles über Produkte und Innovationen, die Gemeinden für ihre tägliche Arbeit brauchen.

Die Rubrik „**Land & Leute**“ bringt News über aktuelle Entwicklungen in sowie Bürgermeister-Porträts und Personalmeldungen.



Die Gegenfinanzierung der Steuerreform

Auswirkungen der Steuerreform für Gemeinden als Steuerpflichtige

von **Christoph Nestler**

Zu Redaktionsschluss lag noch kein konkreter Gesetzesentwurf zur Steuerreform vor, somit kann lediglich über die Eckpunkte der Steuerreform 2015/2016 gemäß Regierungsbeschluss berichtet werden. Das Hauptziel, die Entlastung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen, soll durch Senkung des Steuertarifs erreicht und die Bevölkerung soll somit mit ca. 5 Milliarden Euro entlastet werden.

Bei der Gegenfinanzierung ist noch vieles offen, und es ist auch noch unklar, in welcher Höhe Gemeinden davon betroffen sind. Grundsätzlich soll die Finanzierung durch Steuer Mehreinnahmen aus erhöhtem Konsum, Einsparungen in der Verwaltung, Streichung von Steuerbegünstigungen und Mehreinnahmen aus der Bekämpfung von Abgabenhinterziehung sichergestellt werden.

In der Folge ein kurzer Überblick, welche steuerliche Maßnahmen zur Gegenfinanzierung auf die Gemeinden als Steuerpflichtige zukommen werden:

Registrierkassenpflicht

Registrierkassenpflicht für Betriebe, die überwiegend Barumsätze machen, ab einem Nettoumsatz von 15.000 Euro



Auch Bäder sind von der Erhöhung der Umsatzsteuer betroffen.

pro Jahr. Dies kann vereinzelt auch Betriebe der Gemeinde betreffen (z. B. Badbuffet ...).

Umsatzsteuer wird erhöht

Die Umsatzsteuer soll ab 1.1.2016 von 10 Prozent (bzw. 12 Prozent) auf 13 Prozent in folgenden Bereichen erhöht werden:

- Beherbergung (ab 1.4.2016)
- Lebende Tiere, Saatgut, Pflanzen, Futtermittel, Holz (Brennholz)
- **Kulturelle Dienstleistungen, Museen, Tiergärten, Filmvorführungen**
- **Jugendbetreuung (Kindergarten, Hort)**
- Luftverkehr
- **Bäder**
- Ab-Hof Wein

Der ermäßigte Steuersatz für Wohnungsvermietung, Lebensmittel, Medikamente, Personenbeförderung, Restaurantumsätze, Wasserversorgung und Abwasser- bzw. Müllentsorgung bleibt unverändert bei 10 Prozent.

Immobilien

Im Immobilienbereich wurden folgende Änderungen bekannt gegeben:

- Einheitlicher Abschreibungssatz bei Gebäuden mit 2,5 Prozent
- **Erhöhung Immobilienertragsteuer** von 25 Prozent auf 30 Prozent
- Entfall des Inflationsabschlags bei Ermittlung der Bemessungsgrundlage zur Immo-EST
- Bei der **Grunderwerbsteuer** wird generell bei unentgeltlichen Weitergaben der Verkehrswert als Bemessungsgrundlage (bisher 3facher Einheitswert) herangezogen. Gleichzeitig soll der Steuersatz bei unentgeltlichen Übertagungen gestuft werden (bspw. 0,5 Prozent bis zu 250.000 Euro, 2 Prozent bis 400.000 Euro, darüber hinaus 3,5 Prozent). Die Auswirkungen werden vor allem bei **Schenkungen/Erbschaften im Familienverband** zu spüren sein. Landwirtschaftliche Übergaben sollen ausgenommen sein und für Unternehmen sollen höhere Freibeträge (Erhöhung von 365.000 Euro auf 900.000 Euro) gelten.

Derzeit sind wie eingangs angedeutet jedoch noch viele Details im Unklaren, die erst bei Vorliegen einer Gesetzesvorlage begutachtet werden können.

Mag. (FH) Christoph Nestler
ist Steuerberater bei der
NÖ Gemeinde Beratungs &
SteuerberatungsgesmbH (NÖ GBG)



Rechtstipps aus der Praxis

Amtsmissbrauch/Untreue?

von Franz Nistelberger

Nach der Judikatur des OGH stellen die in den Gemeindeordnungen enthaltenen Vorschriften über die Vertretung der Gemeinden nicht bloße Organisationsvorschriften über die interne Willensbildung öffentlicher Körperschaften dar, sondern bedeuten Einschränkungen der Vertretungsmacht des Bürgermeisters nach außen. Die Gültigkeit privatrechtlicher Handlungen von Gemeinden richtet sich gem § 867 ABGB nach deren Verfassung und den politischen Gesetzen. Die in den Gemeindeordnungen enthaltenen Vorschriften betreffend die Vertretung von Gemeinden haben nach ständiger Rechtsprechung Einschränkungen der Vertretungsmacht des Bürgermeisters nach außen zufolge. Eine durch einen erforderlichen Gemeinderatsbeschluss nicht gedeckte Willenserklärung des Bürgermeisters bindet daher die Gemeinde nicht und ist gegenüber dem Erklärungsempfänger wirkungslos.

Es gibt jedoch Entscheidungen des OGH, wonach der Bürgermeister eine aus dem Gesetz ableitbare Verhandlungsvollmacht für die Gemeinde hat und die Gemeinde sich daher Erklärungen des Bürgermeisters in seiner Eigenschaft als ein jeweils zu Verhandlungen ermächtigtes Organ zurechnen lassen muss. Der Bürgermeister hat nach dieser Judikatur Vertretungsvollmacht nicht nur dann, wenn der Gemeinderat (oder auch der Gemeindevorstand) über ein in seine Geschäftsführungskompetenz fallendes Rechtsgeschäft Beschluss gefasst, sondern auch dann, wenn der Bürgermeister den Anschein eines solchen Beschlusses gesetzt hat. Hat der Bürgermeister den Anschein des Vorliegens eines entsprechenden Gemeinderatsbeschlusses gesetzt, ohne dass dieser Gemeinderatsbeschluss vorliegt (es kann sich auch um einen Beschluss des Gemeindevorstandes handeln) so wird dies erhebliche haftungsrechtliche Konsequenzen für den Bürgermeister haben.

Der Bürgermeister wird für den Schaden zu haften haben.

Zum einen wird dann, wenn das Geschäft trotz der Anscheinsvollmacht des Bürgermeisters für die Gemeinde nicht verbindlich zustande gekommen ist, der Bürgermeister nach den allgemeinen schadenersatzrechtlichen Bestimmungen des ABGB dem Geschädigten, der sich auf die Erklärungen des Bürgermeisters verlassen hat, für den entstandenen Schaden zu haften haben.

Zum anderen hat die Gemeinde, wenn sie das aufgrund der Anscheinsvollmacht zustande gekommene Geschäft zuhalten muss, die Möglichkeit, den entstandenen Schaden gegenüber dem Bürgermeister aufgrund der Nichteinhaltung der internen Organisationsvorschriften geltend zu machen. In diesem Fall wird daher der Bürgermeister zur Verantwortung gezogen, weil er ein für die Gemeinde schädliches Geschäft abgeschlossen hat. (wird fortgesetzt)



Dr. Franz Nistelberger
ist Verbandsanwalt des
Gemeindevertreterverbandes der
Volkspartei Niederösterreich

NIEDERÖSTERR. BAU- UND
SIEDLUNGSGENOSSENSCHAFT

NBG

Defibrillatoren...

Initiative gegen den plötzlichen Herztod.

Zur Eröffnung der „NÖ Wohnraum“ auf der internationalen Gartenbaumesse Tulln wurde die Initiative zur Anschaffung von Defibrillatoren vorgestellt.

Das Pilotprojekt startete in unserer Wohnhausanlage in Untersiebenbrunn. Der Defibrillator wurde bereits installiert und steht nun den Bewohnern von 127 Wohneinheiten und 13 Reihenhäusern zu Verfügung. Ein weiteres Pilotprojekt wird zurzeit in Fischamend vorbereitet, welches die Überlebenschancen im Notfall der Mieter von 118 Wohneinheiten und den Beschäftigten eines Geschäftslokales deutlich erhöhen soll.

verkauf@nwbg.at | www.nwbg.at

NBG

Wir bauen. Sie wohnen.

NÖ Wohnbaugruppe

Controlling bei Bauvorhaben

GemMIS-Projektcontrolling unterstützt die Entscheidungsträger einer Gemeinde

Kommunale Bauvorhaben spielen heutzutage in Kommunen und Unternehmen eine wichtige und zentrale Rolle. Diese werden typischerweise zum einen durch die einmalige und zeitlich befristete Aufgabenstellung und zum anderen durch die Art und Weise der Durchführung charakterisiert.

Projekte zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur können eine intensive Herausforderung für Politik und Verwaltung einer Gemeinde darstellen. Man denke nur an die Errichtung und Sanierung von Straßen, den Bau und Anschluss zum Kanal oder die Errichtung und Erneuerung der Beleuchtung in einer Gemeinde. Vielfach werden diese Projekte und Bauvorhaben außerhalb des operativen Haushalts geführt. Die Überprüfungsöglichkeiten im außerordentlichen Haushalt erlauben häufig nur eine eingeschränkte Betrachtung. Ohne geeignete Prozesse und Unterstützungssoftware können

Korrekturmaßnahmen beim Projekt bzw. zeitnahe Eingreifen der Gemeindevorstande zu einer Vielzahl von Problemstellungen im Verlauf eines Projektes führen.

Für Gemeinden ergibt sich die Chance durch den Einsatz eines Projektcontrollings, die ordnungsgemäße Durchführung von Projekten zu beobachten, etwaige auftretende Auffälligkeiten frühzeitig im Projektverlauf zu erkennen und ehestmöglich Gegenmaßnahmen einzuleiten um das Investitionsvorhaben erfolgreich abschließen zu können.

Die Kommunalkredit hat im Rahmen des Projektes GemMIS das GemMIS-Projektcontrolling für Gemeinden entwickelt, um eine effiziente Erfassung von Projekten zu ermöglichen. Das GemMIS-Projektcontrolling dient dabei als softwareseitige Unterstützung des Projektmanagements von der Planung, über die Realisation bis hin zum Projektabschluss und bietet laufend die Grundlagen für ein Reporting in den Entscheidungsgremien der Kommune. Das GemMIS-Projektcontrolling ermöglicht es Gemeindeprojekte, die während der Bauphase außerhalb des Gemeindehaushalts geführt werden, in puncto Planung, Finanzierung und Abwicklung sowohl zeitlich als auch finanziell zu erfassen und laufend monatlich bzw. quartalsweise zu überprüfen.

Der Einsatz des Projektcontrollings hat im Haushalt einer Gemeinde positive Auswirkungen

- auf die Liquiditätsplanung und somit auf den Zinsaufwand einer Kommune
- auf das Budget – z. B. mit Folgekosten bei Kostenüberschreitungen

- auf die Mittelherkunft – z. B. rechtzeitige Inanspruchnahme von Fördermitteln

Vorrangiges Ziel hierbei ist die effektive Projektsteuerung, die Erfolgssicherung sowie die regelmäßige kommunale Berichterstattung an Projektverantwortliche, Gemeindevertreter und Bürger.

Das Projektcontrolling-Tool wurde in insgesamt sieben niederösterreichischen Gemeinden, sowie je einer Gemeinde aus den Bundesländern Tirol, Oberösterreich und Kärnten im Zuge des Projektes GemMIS vorgestellt und getestet. Das durchgängig positive Feedback und die Rückmeldungen der Gemeinden konnten in die Umsetzung des Projektcontrolling-Tools eingearbeitet werden. So besteht nicht nur die Möglichkeit der monatlichen, sondern auch der quartalsweisen Betrachtung und Auswertung von Projekten. Zusätzlich können mehrere Projekte gleichzeitig durch die Projektkonsolidierung zusammengefasst werden, wodurch sich für die Gemeinden eine effiziente Möglichkeit ergibt, einen Gesamtüberblick über sämtliche laufenden Projekte der Gemeinde zu bekommen.

Informationen

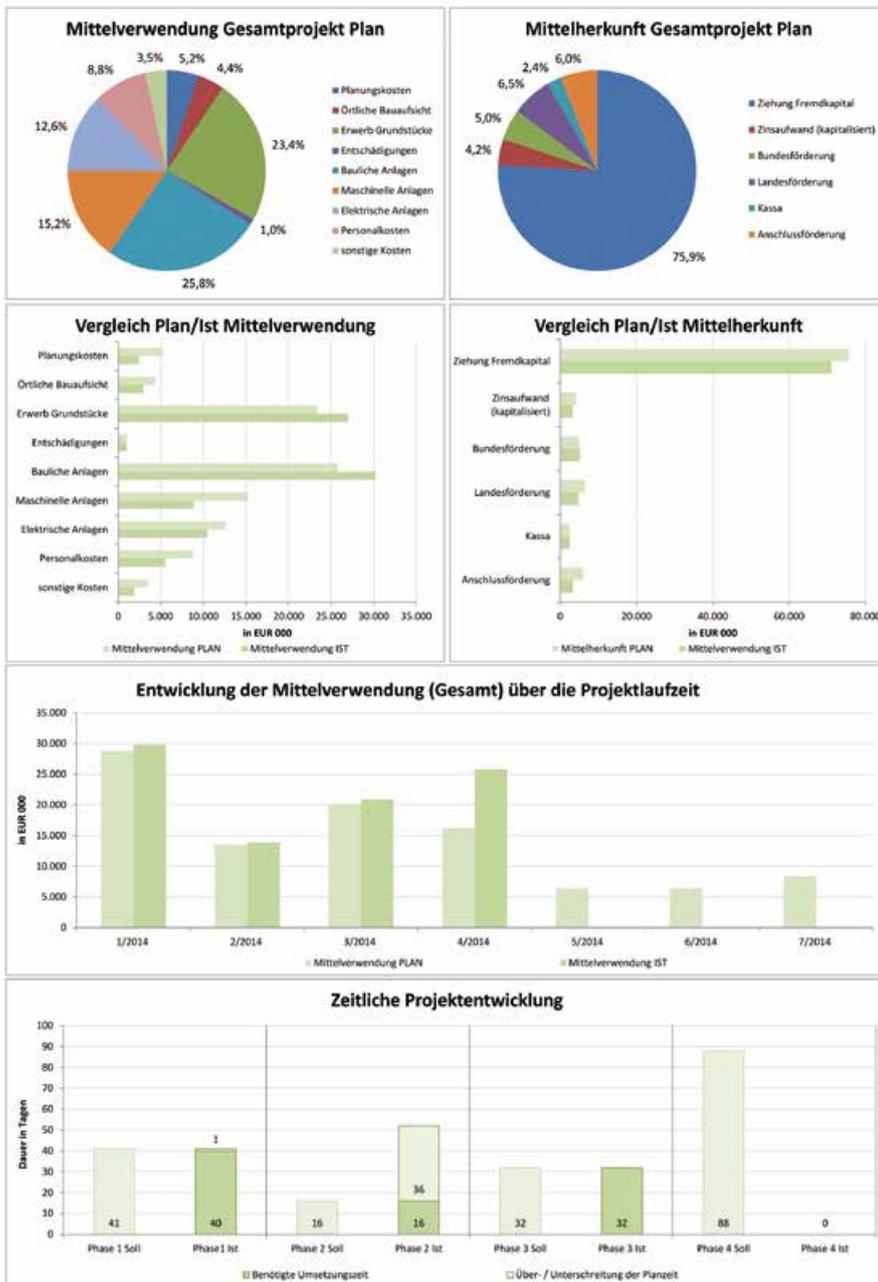
Kommunalkredit Austria AG –
Senior Account Manager
Tel.: 01/31 6 31-130
g.huemer@kommunalkredit.at

Ing. Mag. Michael Raith
Kommunalkredit Austria AG –
Account Manager
Tel.: 01/31 6 31-136
m.raith@kommunalkredit.at

Mag. Andreas Krist
Kommunalkredit Austria AG –
Account Manager
Tel.: 01/31 6 31-149
a.krist@kommunalkredit.at

GemMIS besteht aus drei Teilbereichen

- Vermögenserfassung, Vermögensbewertung und Erstellung einer Eröffnungsbilanz
- Kommunales Controlling und Quartalsberichtswesen
- Beteiligungs- und Projektcontrolling



GemMIS-Projektcontrolling – grafische Datenauswertung des Projektes (fiktives Projekt)

Nutzen / Vorteile für die Gemeinde durch den Teilbereich Beteiligungs- und Projektcontrolling

- Dokumentation - Transparenter Projektverlauf und hoher Informationsgehalt
- Frühindikator - Probleme während der Bauphase können frühzeitig erkannt werden
- Datenausgabe - monatliche und quartalsweise Betrachtung möglich
- Konsolidierung mehrere Projekte möglich - Gesamtüberblick über sämtliche laufenden Projekte
- Unmittelbare Ausgabe von Unterlagen für Gemeinderatssitzung und Entscheidungsträger

Die EVN SonnenKraft-Potenzialanalyse

Mit einer Photovoltaikanlage wird Sonnenenergie in Strom umgewandelt. Das schafft Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen, leistet einen aktiven Beitrag zur CO₂-Einsparung und spart obendrein noch Geld. Identifizieren Sie jetzt die optimalen Standorte für Sonnenenergie in Ihrer Gemeinde! Die EVN unterstützt Sie dabei.

Gerade bei der Nutzung von Sonnenenergie hängt der erzielbare Ertrag ganz wesentlich von einer optimalen Positionierung und Ausrichtung der PV-Anlage zur Sonne ab.

- Es stellen sich Fragen wie
- Welche Flächen sind geeignet?
 - Wo ist ein guter Ertrag zu erwarten?
 - Welche Standorte sollten ausgetrennt werden?

Die Antworten erhalten Sie mit der EVN SonnenKraft-Potenzialanalyse. Dabei werden alle bestehenden Gebäude und sonstigen Flächen Ihrer Gemeinde hinsichtlich ihrer SonnenKraft-Eignung bewertet. Erstmals können damit potentielle Standorte für Solar- und Photovoltaik-Anlagen flächendeckend klassifiziert werden. Die Aufbereitung der Daten erfolgt im Geographischen Informationssystem Ihrer Gemeinde.

Interessiert?

Kontaktieren Sie Ihre/n EVN Kundenbetreuer/in oder rufen Sie uns an: 02236 / 200 20500.



entgeltliche Einschaltung

GIP.nö: 99 % aller NÖ Gemeinden sind erfasst

Gesamte kommunale Verkehrsinfrastruktur einheitlich und qualitativ erfasst und in gemeinsamem Verkehrsdatenbezugssystem zusammengeführt

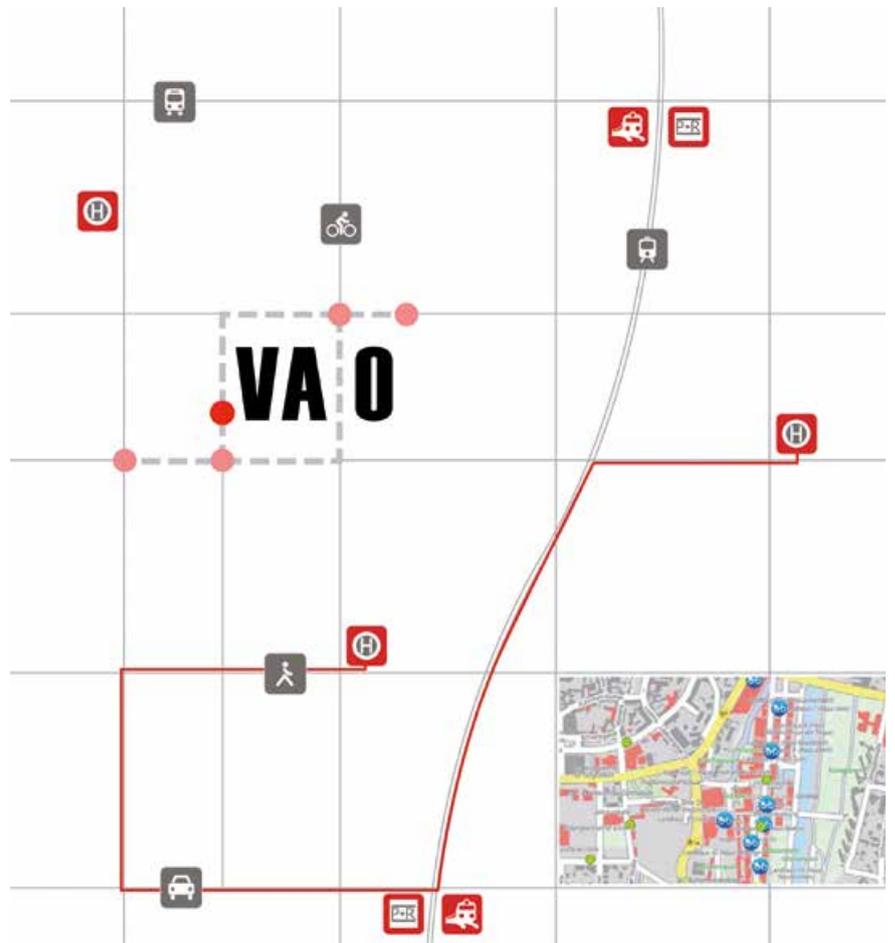
Vor zwei Jahren hat das Land Niederösterreich begonnen, zusammen mit den Gemeinden einen landesweiten Verkehrsdatenverbund aufzubauen, um einerseits die Verwaltung durch E-Governmentprozesse effektiver zu gestalten und andererseits den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft nach aktuellen, digitalen Verkehrsinformationen entgegen zu kommen.

In diesem zweijährigen Projekt wurde die gesamte kommunale Verkehrsinfrastruktur erfasst und mit den Daten des Landes NÖ in ein gemeinsames „Verkehrsdatenbezugssystem“, die GIP.nö, zusammengeführt.

„Wir haben den Gemeinden Pläne mit den jeweiligen Straßenachsen, Straßennamen, Güterwegen, Gehsteigen usw. gegeben und sie gebeten, diese Pläne zu korrigieren bzw. gegebenenfalls zu aktualisieren“, erklärt Michael Sob, Projektleiter der ARGE GIP NÖ die Vorgangsweise. Nun sind die Daten eingearbeitet und wurden in das laufende System integriert und auf ein einheitliches (Qualitäts-) Niveau gebracht.

Daten ab sofort abrufbar

„Mit der aktiven Unterstützung von 99 Prozent aller Gemeinden Niederösterreichs ist es uns gelungen, das Projekt „GIP.nö“ zeitgerecht und ohne erhebliche Kostenüberschreitungen erfolgreich abzuschließen. Ohne die tatkräftige Mitarbeit der Gemeindebediensteten und das Einbringen des Wissens über die kommunale Verkehrsinfrastruktur wäre dies nicht möglich gewesen. Dafür sind wir den Gemeindevertretern sehr dankbar“, sagt der für



Mit der aktiven Unterstützung von 99 Prozent aller Gemeinden Niederösterreichs ist es gelungen, das Projekt „GIP.nö“ zeitgerecht abzuschließen.

GIP.nö Projektverantwortliche Christoph Westhauser.

Die eingearbeiteten Daten sind nun ab sofort im NÖ Atlas unter der Webadresse atlas.noegv.at ersichtlich. Des Weiteren stehen sie Ende April 2015 im NÖ Planungspaket regelmäßig aktualisiert und kostenlos zur weiteren Verwendung im gemeindeeigenen GIS zur Verfügung, und die korrigierten Adressdatensätze sind in das GWR-System zurück gespielt.

Wo sind die Daten bereits im Einsatz?

- Die Daten der GIP.nö werden bereits als Grundlage vom Pendlerrechner des BMF verwendet.
- Die GIP.nö dient als einheitliche Datengrundlage vieler Verkehrsauskunftssystemen (z. B.: „A nach B“, ASFINAG, VOR, bald auch ÖBB etc.) und ermöglicht eine „Haustür zu Haustür“ – Auskunft für alle

Verkehrsmittel (öffentlicher Verkehr, Radverkehr, Autoverkehr). In nächster Zeit werden die Daten auch den Betreibern von Navi-Systemen zur Verfügung gestellt werden. Damit wird der Logistik- und Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt und für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet.

- Die Daten der GIP.nö werden von den Bezirksverwaltungsbehörden als Grundlage für StVO-Verordnungen herangezogen. Damit wird die Zusammenarbeit mit der Gemeinde erleichtert.
- Die Einsatzleitzentralen erhalten einen besseren Überblick über den aktuellen Stand des Verkehrsnetztes.
- Die Daten sind auch Bestandteil der Basemap, einer digitalen Karte, die allen BürgerInnen kostenlos im Internet unter www.basemap.at zur Verfügung steht.
- Nähere Informationen zur GIP gibt es auf der Homepage gip.gv.at.

Laufende Aktualisierung der Daten bis März 2016

Die laufende Aktualisierung der Daten erfolgt bis März 2016 weiterhin durch die ARGE GIP.nö. Für die Zeit danach wird zurzeit gemeinsam mit den Gemeindevertreterverbänden ein Aktualisierungsprozess erarbeitet, der einen möglichst geringen Arbeitsaufwand für die Gemeinden bedeuten wird.

60 Gemeinden mit verzögerter Einarbeitung

In 60 der 573 Gemeinden ist es zu Verzögerungen bei der Einarbeitung der Daten gekommen. Dort muss die Projektlaufzeit um ein Jahr verlängert werden. Nur acht Gemeinden in Niederösterreich konnten von der Sinnhaftigkeit und von den Vorteilen dieses Projekts nicht überzeugt werden. Diese Gemeinden haben keine Daten zur Verfügung gestellt bzw. konnten Adressdaten nicht korrigiert werden. Obwohl das Projekt GIP.nö mit März 2015 bereits abgeschlossen ist, können die Daten der fehlenden Gemeinden

bis Ende März 2016 kostenlos nachgearbeitet werden. Danach muss die Gemeinde selbst die Mittel für die Bearbeitung der Daten aufbringen.

Facts zum Projekt GIP.nö

- 80.000 km Straßen,
- 70.000 Hausnummern,
- 13.000 Haltestellen
- Start im März 2013, Dauer 2 Jahre
- 1,8 Mio. Euro werden investiert.
- Mit der Umsetzung wurde die ARGE GIP.nö bestehend aus den Unternehmen EVN Geoinfo, PRISMA solutions und GeoMarketing beauftragt. ITS Vienna Region ist verantwortlich für die Projektleitung und die Qualitätskontrolle.
- GIP.nö wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Landes Niederösterreich finanziert.

„Ich bin Deine Jacke – hol mich hier raus“

Das Rote Kreuz sucht Freiwillige für den Rettungsdienst

Beim Roten Kreuz Niederösterreich sind mehr als 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freiwillig und unentgeltlich für Menschen in Not im Einsatz – mehr als 10.100 davon im Rettungsdienst und Katastrophenschutz.

Um den hohen Versorgungsgrad der Bevölkerung weiterhin gewährleisten zu können, sucht das Rote Kreuz mit seiner neuen Kampagne freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Rettungsdienst. „Ziel ist es, mit dieser Kampagne 500 neue Freiwillige zu finden“, erklärt Vizepräsident Leopold Rötzer.

Die Vorstellung darüber, wie das freiwillige Engagement gestaltet sein soll, hat sich durchaus verändert: Viele möchten sich heute nicht mehr lebenslang an einen Verein binden, sondern nur für eine absehbare Zeit und für ein

bestimmtes Projekt mitarbeiten. Organisationen wie das Rote Kreuz stehen in Zukunft also vor der Herausforderung, auch für diese Kurzzeit-Freiwilligen entsprechende Betätigungsfelder zu ermöglichen. Diese neuen Formen der Freiwilligkeit ergänzen immer mehr die bisherigen Möglichkeiten der Mitarbeit. Die Ausbildung zum Rettungssanitäter ist enorm umfangreich: Insgesamt müssen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mindestens 100 Stunden Theorie sowie 160 Stunden Praxis absolviert werden.

Informationen

059 144-50231
E-Mail: freiwillig@n.rotekreuz.at
www.rotekreuz.at/noe/mitarbeit/



Foto: RK NÖ / M. Hechenberger

Landesrettungskommandant Werner Kraut, freiwillige Rotkreuz-Mitarbeiterin Sophia Wicho, Vizepräsident Leopold Rötzer, Bezirksstellenleiter Werner Schlögl, Landesgeschäftsführer Peter Kaiser



Tagungs- und Ausstellungsort ist das Messengelände in Wien.

Rekord-Ausstellungsfläche auf der Kommunalmesse

Größte kommunale Fachmesse und Gemeindetag finden heuer in Wien statt

Die KOMMUNALMESSE auf dem Gelände der Messe Wien startet am Mittwoch, 9. September mit dem KOMMUNAL Zukunftsforum. „Wir wollen die vielen Themen, die auf die Gemeinden in den nächsten Jahren zukommen, beleuchten. Das geht von Fragen der Standortpolitik und der sozialen Infrastruktur über E-Mobilität und Energieeffizienz bis zu Bürgerbeteiligungsmodellen und Smart Cities“, erläutert Veranstalter Michael Zimmer.

Ein Schwerpunkt soll auf der Entwicklung der Verwaltung liegen, weshalb nicht nur Bürgermeister, sondern auch Amtsleiter und Amtsleiterinnen angesprochen sind. Zimmer: „Die Digitalisierung bringt in vielen Bereichen Erleichterungen für die Verwaltung, gleichzeitig ändern sich dadurch auch viele gewohnte Abläufe.“

Breites Spektrum

Mit einer Ausstellungsfläche von 14.000 m² ist die heurige Kommunalmesse die größte, die bisher jemals

in Österreich stattgefunden hat. Die Aussteller decken das gesamte Spektrum kommunaler Aufgaben und Dienstleistungen ab. Das Angebot geht von der Abfallwirtschaft über Wasser- und Kanaltechnik bis hin zu IT-, E-Government- und Bankdienstleistungen.

Fachtagung mit Finanzminister Schelling

Großes Interesse zeigt sich bereits jetzt an der Fachtagung am Donnerstag, dem 10. September. Sie wird von der Entwicklung der Verhandlungen rund um das kommunale Rechnungswesen und den kommenden Finanzausgleich dominiert sein. Finanzminister Hans Jörg Schelling und Univ.-Prof. Gottfried Haber, Leiter des Forschungsbereichs Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Donau-Uni Krems, sowie Politikforscher Peter Filzmaier haben bereits ihre Teilnahme zugesagt.

Am Abend folgt dann das traditionelle Galadinner, bei dem sich die Bundeshauptstadt den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern präsentieren wird. Wie jedes Jahr seit seinem Amtsantritt wird Bundespräsident Heinz Fischer auch heuer wieder Gast bei der Festveranstaltung am Freitag sein und auch die Kommunalmesse besuchen. Auch Vizekanzler Reinhold Mitter-

lehner, der die Festrede hält, wird sich – als ressortzuständiger Wirtschaftsminister – bei einem Rundgang ein Bild vom breiten Angebot der Wirtschaft für die Gemeinden machen.

Kommunale Sommergespräche

Vom 22. bis 24. Juli finden im Steirischen Bad Aussee die zehnten Kommunalen Sommergespräche statt. Thema ist heuer „Ländlicher



Raum – Strategien & Herausforderungen“.

Als Vortragender hat unter anderem der Präsident des Fiskalrates, Univ.-Prof. Bernhard Felderer, zugesagt.

Am 24.7. findet dann die schon traditionelle politische Diskussion zum Thema „Was braucht der ländliche Raum?“ statt zu der unter anderem Familien- und Jugendministerin Sophie Karmasin, Tirols Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe und der Politik- und Kommunikationswissenschaftler Peter Filzmaier diskutieren werden. www.sommergespraeche.at

Informationen

www.gemeindetag.at

www.diekommunalmesse.at

Innovative Gemeinden vor den Vorhang

Gemeindeinnovationspreis IMPULS – Online-Voting hat begonnen

Der Gemeindeinnovationspreis IMPULS prämiert die innovativsten KOMMUNEN Österreichs und holt Best-practice-Beispiele vor den Vorhang. Über 100 Gemeinden haben Projekte eingereicht.

Vergeben wird der Preis in vier Kategorien:

- Verwaltung
- Klima und Umwelt
- Soziales Engagement
- Baukultur

Das Spektrum der eingereichten Projekte ist enorm vielfältig und reicht von einer Plattform, um Menschen für Sport zu begeistern, über ein Integrationsprojekt, das behinderten Menschen eine Arbeit am Bauhof ermöglicht, bis hin zu innovativen Bauprojekten.

Aus allen Einreichungen werden pro Kategorie drei Nominierte ermittelt. Die Kategoriensieger werden aus einer Kombination von Online-Voting und Expertenjury gewählt und aus diesen der Gesamtsieger. Teilnahmeberechtigt sind Gemeinden, Vereine, Schulen, Bildungseinrichtungen oder Privatinitiativen. Die Gewinnergemeinden dürfen das IMPULS-Gütesiegel für ihre Gemeinde verwenden und erhalten Zusatzschilder für Ihre Ortstafeln.

Der Gesamtsieger erhält zusätzlich einen wertvollen Sachpreis, zur Verfügung gestellt von Raiffeisen.

Die Sieger werden am 9. September im Rahmen der Kommunalmesse und des Gemeindetages in der Messe Wien bekannt gegeben.

Online-Voting

www.kommunal-impuls.at

Beispiele für eingereichte Projekte

Integrierte Standortentwicklung – Waidhofen/Ybbs



Die Stadt litt lange Zeit unter einem zunehmenden Leerstand von Geschäftslokalen. Das Beispiel vieler Städte vor Augen, die Einkaufszentren in der freien Landschaft zuließen und sich dann über den Verfall der Zentren beklagten, veranlasste die Verantwortlichen der Stadt eine Zentrumszonenverordnung zu erlassen, welche Einkaufszentren außerhalb der Zone verunmöglichte. Gleichzeitig wurde mit

dem Innenstadtkoordinator ein aktives Zentrumsmanagement aufgebaut, das nicht nur den Leerstand abwenden konnte, sondern oft zu wenig bedachte Maßnahmen unmöglich gemacht hat. Beispielsweise stand am Anfang die Organisation der Parkplätze im Mittelpunkt – heute sind es die Fahrradabstellplätze, die für eine lebenswerte Innenstadt unerlässlich sind.

In den vergangenen Jahren ist es so gelungen, 50 Lokale neu zu beleben.

MiA – Mobilität in Absdorf



Der Verein wurde vor einem Jahr für Menschen ins Leben gerufen, die durch körperliche Gebrechen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Ihnen wollen die freiwilligen Fahrerinnen und Fahrer mit ihrem Dienst den Alltag etwas erleichtern. Mittlerweile stellen 25 freiwillige Fahrer und Fahrerinnen jeder Berufsschicht und aller Altersklassen einen Teil ihrer Freizeit für diesen Dienst an der Allgemeinheit

zur Verfügung. Zu den Chauffeuren zählen nicht nur Pensionisten, sondern auch Lehrer, Selbständige und in Teilzeit beschäftigte Mütter; sogar ein Pilot, der jeden Monat einige Langstreckenflüge absolviert, findet Zeit für einen MiA-Dienst pro Monat. Ein Mobiltelefon bietet jedem Mitglied einen direkten Draht zum diensthabenden Fahrer, der anstehende Fahren gleich in den Dienstplan einträgt. Die Mitgliedschaft kostet lediglich zehn Euro im Monat.

Sicher und sorglos reisen mit TRAVEL+DOC

Entspannt und sicher weg, mit Ärzten/Ärztinnen im Gepäck

Mit dem beruhigenden Gefühl maximaler Entspannung und Reisesicherheit wird eine bevorstehende Urlaubsreise mit TRAVEL+DOC zum besonderen Reiseerlebnis.

Dank der ständigen Erweiterung des vereinsinternen Ärztepools kann TRAVEL+DOC zusammen mit renommierten, konzessionierten Reiseveranstaltern ärztlich begleitete Reisen planen und durchführen. Höchstmögliche Sicherheit und Wohlbefinden garantieren wir, in Abstimmung mit ihrem Wunsch-Reiseunternehmen, durch unsere erfahrenen Ärztinnen und Ärzte sowie der Mitnahme eines entsprechenden medizinischen Notfallkoffers samt Defibrillator.

Das Angebot erstreckt sich von Bus- und Flugreisen, Wellness-Reisen und Kreuz-

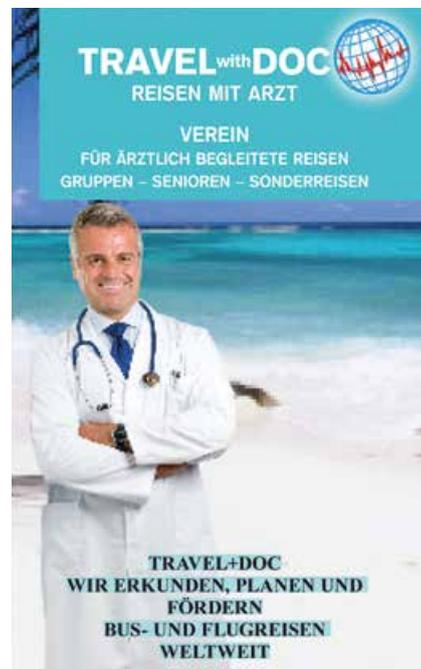
fahrten bis hin zu Gruppen-Gesundheitsreisen. Die Reiseangebote werden unter Mithilfe von Partnern ständig erweitert und können sowohl von Mitgliedern als auch von Nicht-Mitgliedern in Anspruch genommen werden. Eine Mitgliedschaft pro Jahr/Person kostet nur 30 Euro.

Reisen Sie als Gruppe mit dem Busunternehmen ihrer Wahl in Kooperation mit TRAVEL+DOC zu ihrem Wunschziel! Für bereits bestehende Reisegruppen finden wir die passende Lösung für ihre ärztlich begleitete Reise zum Wunschtermin!

Informationen

Hotline: 0650 460 2 160

www.travel-doc.at



Vor 20 Jahren in der NÖ Gemeinde

In der Titelgeschichte beleuchtete GVV-Landesgeschäftsführer Roman Häußl die Entwicklung des kommunalen Abfallrechts in Niederösterreich. Während in den 1950er Jahren noch die Reinhaltung des Ortsbildes im Vordergrund stand, sei nun die Müllvermeidung das zentrale Anliegen. Seit Inkrafttreten des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes sei klar festgelegt, dass Restmüll von den Gemeinden im Holsystem zu entsorgen sei. Für die anderen Abfallarten könne die Gemeinde ein Hol- oder ein Bringsystem festlegen. Und es sei Sache der Gemeinden, ob sie die Erfassung und Behandlung von Abfall selbst vornimmt oder ob sie dafür andere Einrichtungen heranzieht. Herausgeber Walter Zimper berichtete über den Stand der Verhandlungen zur Novellierung der NÖ Gemein-

deordnung. Die Forderung des GVV: Alle grundsätzliche Macht beim Gemeinderat, doch alle Entscheidungen im täglichen Ablauf des „Betriebes“ Gemeinde in der Kompetenz des Gemeindevorstandes. Es gehe darum, neben den demokratischen Erfordernissen der Gebietskörperschaft auch den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten des Unternehmens Kommune zu entsprechen. Gemeindeferats-Mitarbeiter Gerhard Tretzmüller berichtete über die Auswirkungen des Eigentümerübergangs von Grundstücken für rückständige Gebührens schulden. Titel: „Lastenfreiheit“

beim Kauf betrifft Gebührens schulden nicht.

Der kürzlich verstorbene damalige

Umweltanwalt Harald Rossmann schrieb in einem Fachartikel über die rechtlichen Rahmenbedingungen bei alten Kanalanlagen. Zu beachten sei vor allem die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Kanaleigentümers nach der NÖ Bauordnung.

Geplant war auch eine Änderung der NÖ Bauordnung. Ziele waren mehr Bürgernähe

und flexiblere Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen. Walter Leiss, heute Gemeindebund-Generalsekretär und damals Klubsekretär im VP-Landtagsklub, erläuterte die Forderungen der ÖVP.



KOMMUNALMESSE 2015

www.diekommunalmesse.at

9.-11. September 2015, Messe Wien, Halle C
Im Rahmen des 62. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!
www.diekommunalmesse.at

LEBENS-RÄUME SCHAFFEN ZUKUNFT GESTALTEN



- 14.000 m² Ausstellungsfläche
- mehr als 150 Aussteller aus allen Branchen
- Partner und Experten für erfolgreiche Kommunalprojekte
- Hoher Praxisbezug

Ein Freund der Gemeinden

Früherer Umweltschützer Harald Rossmann verstorben

Der frühere niederösterreichische Umweltschützer, Univ.-Prof. Harald Rossmann, verstarb im 68. Lebensjahr.

Rossmann promovierte 1971, war zunächst an der Universität Wien und bei der Obersten Wasserschutzbehörde tätig. 1984 habilitierte er sich an der Universität für Bodenkultur im Fach Verwaltungsrecht und war von 1991 bis 2014 Umweltschützer des Landes Niederösterreich. Rossmann war in dieser Funktion ein großer Freund der



Harald Rossmann

Gemeinden, und versuchte auch die Anliegen der Kommunen zu berücksichtigen.

Zum GVV hielt Rossmann immer engen Kontakt, war Berater, Informant und geschätzter Gesprächspartner. Vor allem unterstützte er den Verband bei Stellungnahmen zu umweltrelevanten Themen, etwa bei der Deponieverordnung, maßgeblich. Der Verband ehrte ihn durch die Verleihung des Ehrenringes.

Schloss Weilburg – Symbol einer Liebe

Ausstellung in Baden über Erzherzog Carl und Henriette von Nassau-Weilburg

Anlässlich des 200. Jahrestages der Hochzeit von Erzherzog Carl und Prinzessin Henriette von Nassau-Weilburg am 17. September 1815, zeigt das Kaiserhaus Baden vom 25. April bis 1. November 2015 die von der Kunst- und Architekturhistorikerin Bettina Nezval kuratierte Ausstellung „Schloss Weilburg in Baden: Symbol einer Liebe – Erzherzog Carl und Prinzessin Henriette von Nassau-Weilburg“.

Mit einem für die Ausstellung nachgebauten Modell vom Schloss Weilburg sowie anhand der Pläne von Architekt Joseph Kornhäusel und Werken berühmter Künstler des Biedermeier wie Rudolf von Alt skizziert die Präsentation die beiden Persönlichkeiten Prinzessin Henriette von Nassau-Weilburg



Henriette von Nassau-Weilburg



Erzherzog Carl von Österreich

und Erzherzog Carl und ihre Geschichte als Liebespaar, die Ereignisse um die schwierige Hochzeitsvorbereitung, die von der Rückkehr Napoleons I. aus Elba und der Schlacht bei Waterloo überschattet wurde und erweckt das verlorene Schloss für die Dauer der Ausstellung wieder zum Leben.

Schloss Weilburg – Stich von Thomas Ender, nach 1835



Fotos: Städtische Sammlungen Baden

Ort

Kaiserhaus Baden, Hauptplatz 17
2500 Baden

Klaus Schneeberger feierte den 65er

Der VP-Klubobmann im niederösterreichischen Landtag und seit Kurzem auch Bürgermeister von Wiener Neustadt, Klaus Schneeberger, vollendete kürzlich sein 65. Lebensjahr. Der gelernte Betriebswirt kam am 18. April 1950 in Lienz zur Welt, studierte Betriebswirtschaftslehre an der Wiener Wirtschaft-Uni und war Personalreferent in der EVN. In die Politik kam Schneeberger über



Klaus Schneeberger

die Junge ÖVP, seinen Eintritt und seine Mitgliedschaft in die Partei begründet er so: „Weil wir in der Volkspartei viel bewegen und auch in den kommenden Jahren noch viel vorhaben. Wir wollen Niederösterreich noch schneller, innovativer und sozialer machen.“

Der Jubilar kommt aus der Kommunalpolitik, von daher rührt auch sein Eintreten und Verständnis für die Interessen der Gemeinden: Er war von 1975 bis 1986 Gemeinderat in Wiener Neustadt, dann bis 2000 Vizebürgermeister.

Am 20. Februar 2015 wurde er mit einer Mehrheit von 22 Stimmen zum Bürgermeister der Statutarstadt Wiener Neustadt gewählt.

Dem Landtag gehört Schneeberger seit 1993 an, im Februar 2000 wurde er geschäftsführender Klubobmann der Volkspartei Niederösterreich. Sein politischer Wahlspruch: Mit klaren Verhältnissen für Landeshauptmann Erwin Pröll die positive Entwicklung im Land fortsetzen.

Der begeisterte Golfer und Schifahrer ist verheiratet, Vater einer Tochter und von zwei Söhnen sowie fünffacher Großvater.

Flüchtlinge im Einsatz für ein sauberes Donauufer



Auf Initiative des Klosterneuburger Arztes Hermann Bersch (r.) holten 30 Flüchtlinge gemeinsam mit Feuerwehr und Stadtgemeinde eine halbe Tonne Müll aus der Au. Mit dabei: Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager (2.v.r)

Impressum:

Herausgeber: Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer

MMag. Gerald Kammerhofer

Medieninhaber: Österreichischer

Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien,

Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0,

Fax: 01/532 23 88-22

www.kommunalverlag.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zimmer

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,

E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at

Mitarbeit: Mag. Sotiria Taucher, Prof. Dr.

Franz Oswald,

DTP: Österreichischer Kommunal-Verlag,

Thomas Max

E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0

Sabine Brüggemann, E-Mail:

sabine.brueggemann@kommunal.at

Martin Mravlak, E-Mail:

martin.mravlak@kommunal.at

Martin Pichler, E-Mail:

martin.pichler@kommunal.at

Fotos: NÖ Landeskorrespondenz, Erwin

Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto

Baldauf (www.bilder.services.at)

Hersteller: Leykam Druck, 7201 Neudorf

Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert: 12.800 Exem-

plare. Direktversand ohne Streuverlust an

folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare

und leitende Bedienstete in allen NÖ

Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürger-

meister, Stadt- und Gemeinderäte, Orts-

vorsteher und leitende Gemeindebeamte).

Alle NÖ Abgeordneten zum National- und

Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder

der Landes- und Bundesregierung und alle

Abteilungsleiter und deren Stellvertreter

beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle

Bezirkshauptleute und deren Stellvertre-

ter sowie alle Fachjuristen der Bezirks-

hauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter

und deren Stellvertreter der Gebiets-

bauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen

des Landes, der Bezirkshauptmann-

schaften und der Gebietsbauämter. Alle

Bezirks- und Landesfunktionäre sowie

leitenden Beamten der gesetzlichen Inter-

essenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-,

Landwirtschafts- und Arbeiterkammer)

sowie alle Abteilungsleiter von Landes-

gesellschaften. Alle Funktionäre und

Geschäftsführer von in NÖ relevanten

Verbänden, Organisationen und Insti-

tutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben

die Meinung der jeweiligen Autoren

wieder und liegen in deren alleiniger

Verantwortung. Persönlich gezeichnete

Berichte müssen sich daher nicht mit

der Auffassung des Herausgebers oder

Medieninhabers decken.



WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF. **EINE BANK.**

Feuerwehnhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser. Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser**, unter **+43(0)5 90 910-1551**, wolfgang.viehauser@hyponoe.at. Ihre HYPO NOE. Daheim, wo Sie es sind.